

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

### **Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg**

#### **Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -  
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

13. Sitzung, 05.02.1909

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

# Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

## 1. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

### Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 5. Februar 1909, vormittags 10 Uhr.

**Tagesordnung:** Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. die Wahl der Abgeordneten zum Landtage. 1. Lesung. (Anlage 20.)

**Vorsitzender:** Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Minister Scheer, Excellenz, Oberregierungsrat Calmeyer-Schmedes, Regierungsräte Willms und Tenge.

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung. Wir treten wieder in die Generaldebatte ein. Ich gebe das Wort Herrn Abg. Feigel.

Abg. **Feigel:** M. H.! Nicht der Umstand, daß ich glaube, Ihnen nach den schon gestern recht ausgiebigen Verhandlungen auf diesem Gebiete neues mitteilen zu können, hat mich veranlaßt, um das Wort zu bitten, sondern die Tatsache, daß meine Stellung bezüglich des Wahlgesetzentwurfes gegenüber dem Vorjahre eine etwas veränderte geworden ist. Schon aus eigenem Antriebe, m. H., fühlte ich mich gedrungen, Ihnen diese meine jetzige Stellung mit einigen Worten zu präzisieren. Zudem bin ich dazu veranlaßt worden durch die Ausführungen, die Herr Kollege Voß gegen mich richten zu müssen geglaubt hat. M. H.! Als im vergangenen Jahre das Landtagswahlrecht den Landtag beschäftigte, ist eigentlich von einem Pluralwahlrecht über den Rahmen des Regierungsentwurfes hinaus wenig die Rede gewesen. (Zuruf: Garnicht!) Nur hat einmal Herr Kollege Müller (Brake) das Pluralwahlrecht insofern angeschnitten, als er meinte, daß man bei der Festsetzung der Wahlkreise nicht lediglich die Einwohnerzahl zugrunde legen,

sondern auch andere Faktoren maßgebend sein lassen solle, z. B. die Größe des Bezirks und dergl. Ich bin damals dem Kollegen Müller entgegengetreten, indem ich glaubte, daß dem Vordrängen nicht sekhafter Bevölkerungsschichten schon genügend Abbruch getan sei durch die Bestimmungen des Gesetzentwurfes, wie er uns seitens der Staatsregierung zugegangen war. Sie wissen alle, m. H., daß die Staatsregierung gewisse Kautelen dem Gesetzentwurfe zugrunde gelegt hat, von denen sie erklärt, unter keinen Umständen abgehen zu können und zwar sind das erstens, daß die Wahlkreise und damit die Zahl der Abgeordneten festgelegt werden sollen, also mit der steigenden Einwohnerzahl nicht auch die Zahl der Abgeordneten vermehrt wird, was unter dem jetzigen Gesetze der Fall ist, und zweitens, daß nur der das Wahlrecht zum Landtage erwirbt und erwerben soll, der zuvor drei Jahre Bewohner des Großherzogtums gewesen ist. M. H.! Ist nicht das auch schon eine Art von Pluralwahlrecht? Ich möchte nur heute einen Schritt weiter gehen, ich möchte sagen, es genügen diese Kautelen nicht, um der fluktuierenden Bevölkerung einen Damm entgegenzusetzen und nach der anderen Seite die sekhafte Bevölkerungsschicht, welche ein großes Interesse am Staatsleben hat, zu protegieren. M. H.! Das ist wahrlich kein Verbrechen. Ich erinnere mich, als im verflossenen Jahre diese Sache hier

zur Verhandlung stand und Herr Abg. Müller gesprochen hatte, meine Freunde aus dem Süden sich auf denselben Standpunkt stellten und erklärten, was Herr Abg. Müller gesagt hat, beruht auf Wahrheit und muß bei der Schaffung des neuen Wahlrechts berücksichtigt werden. Ich bin derzeit in dieser für das Volk und für den Staat so wichtigen Sache bedenklich nach Hause gegangen und habe mir die Sache ferner überlegt und das Produkt meiner reiflichen Ueberlegung sehen Sie heute. (Zuruf: Umgefallen!) Ist das denn ein Verbrechen? Ist es nicht richtig, wenn man bei besserer Erkenntnis reumütig an seine Brust schlägt und pater peccavi sagt und fängt einen besseren Weg zu wandeln an? Das habe ich getan und mehr nicht. Wir sind alle Menschen und menschlichen Irrtümern unterworfen. Im übrigen möchte ich sagen, daß ich durchaus nicht auf dem Standpunkte stehe, ein Pluralwahlrecht in höchster Potenz zu schaffen. Ich vertrete vielmehr, wie Herr Abg. Müller im vorigen Jahre, so auch jetzt den Standpunkt, daß durch das Pluralwahlrecht gewissen Bevölkerungskreisen ein gewisser Vorzug gegeben werden soll. Ich will das Pluralwahlrecht nicht bis zur Plutokratie gesteigert wissen, nicht bis zum elendesten aller Wahlsysteme, dem preußischen Dreiklassenwahlsysteme. Das hat mir stets fern gelegen und liegt mir noch heute fern. Ich glaube, m. H., wenn Sie Kenntnis genommen haben von dem Verbesserungsantrage, der auf den Tisch des Hauses niedergelegt ist, so werden Sie unsere Stellungnahme nicht mehr so schroff beurteilen.

Dann, m. H., muß ich noch auf einige Neußerungen zurückkommen, welche gestern im Laufe der Debatte hier im Hause gefallen sind. Es hat zunächst Herr Abg. Koch als Berichterstatter der Mehrheit gesprochen von der großen Beunruhigung, welche in Oldenburg eintreten wird, wenn das Pluralwahlrecht zur Einführung gelangt. Herr Abg. Schulz hat dies in noch krasserem Worten zum Ausdruck gebracht und Herr Abg. Voss sprach davon, daß der Staat in seinen Grundfesten erschüttert werde, wenn das Pluralwahlrecht eingeführt werde. Ich glaube, das wird nicht der Fall sein, wenn nicht die Sozialdemokratie sich bemüht, die Massen aufzuschüren. (Sehr richtig!) Ich stelle die Sache dar nicht als eine Machtfrage, sondern als einen Akt von Recht und Gerechtigkeit. Darnach wird die Beunruhigung in Oldenburg nicht so groß sein, wie die Herren das behauptet haben. (Sehr richtig! Bravo! Machtfrage!) Nein, Frage der Gerechtigkeit. Herr Abg. Dursthoff hat von Kompromissen gesprochen, welche die Abgeordneten des Münsterlandes mit ihren Kollegen aus dem Bunde der Landwirte bezüglich der Vorlage eingegangen seien. M. H.! Ich stelle das direkt in Abrede, Herr Abg. Dursthoff hat sich ganz entschieden geirrt. Als die acht Abgeordneten des Münsterlandes im Herbst des verflossenen Jahres in den Landtag eintraten, waren sie sich alle über ihre Stellungnahme zum Pluralwahlrecht klar. Später fanden Besprechungen statt mit Kollegen anderer Gruppen, namentlich des Bundes der Landwirte, sie haben neues nicht gebracht. Wir haben auf diesem Gebiete von vornherein zusammen gestanden. Ich konstatiere, daß ein Kompromiß nicht vorlag, daß wir eine fog. do ut des Politik nicht getrieben haben. (Sehr richtig!) Herr Abg. Schulz hat gestern sogar von der dreijährigen Karenzzeit nichts wissen wollen und er hat diese dreijährige

Wartezeit eine reaktionäre Bestimmung genannt. M. H.! Wir wissen, daß die Sozialdemokratie gerne mit Schlagwörtern operiert. Wir wissen, daß das Wort „reaktionär“ mit fetten Lettern in ihrem Lexikon steht, daß die Sozialdemokratie alles das reaktionär nennt, was ihr nicht in den Kram paßt. Wir können uns beruhigen; wenn unser Vorgehen als reaktionär verschrien wird, so können wir das wohl noch tragen. Dann, m. H., hat Herr Kollege Voss gestern davon gesprochen, der Oldenburger Landtag bestände aus Parteien. Ich würde keine Veranlassung haben, auf diese Neußerung meinerseits zu reagieren, wenn sie nicht des öfteren gefallen wäre, und den Schluß zuließ, daß meine Kollegen und ich eine Fraktion bilden. M. H.! Wir bilden keine Fraktion, wir sind nicht zu einer Fraktion vereinigt, wir unterstehen keinem Fraktionszwange. Wir haben uns nicht konstituiert. Wir haben keinen Vorstand, keinen Führer. Wir haben keine Statuten, das alles haben wir nicht, was einer Fraktion zugrunde liegt. Wenn wir uns auf vielen Gebieten zusammenfinden, so ist das eine ganz natürliche Erscheinung, es bedarf nicht erst einer Fraktion, um diese Einmütigkeit herbeizuführen. Wir kennen die Verhältnisse derer, die uns in den Landtag gesandt haben, wir sind gleichmäßig bestrebt, Uebelständen abzuwehren, und so erklärt es sich, daß wir meistens auf dem Wege zusammentreffen, der zum gemeinsam erstrebten Ziele führt. Insbesondere auch stehen wir auf dem Boden derselben religiösen Weltanschauung und halten naturgemäß in diesbezüglichen Fragen eng zusammen. Von Fraktionen, m. H., kann keine Rede sein.

Dann hat Herr Abg. Hug die ersten Kammern in anderen Staaten in einer seiner Reden als ziemlich machtlos hingestellt. Wir haben nämlich bei der Verfechtung des Pluralwahlrechts ins Feld geführt, daß wir in unserm kleinen Oldenburg keine Ursache hätten, dasselbe zu tun, wie andere Staaten, in denen erste Kammern bestehen, da diese etwa zu weitgehenden Beschlüssen der Volksvertretung einen Damm entgegenzusetzen imstande seien. Ich glaube, das war durchaus richtig und begründet. Herr Abg. Hug ist in einem Irrtum befangen. Es sollte ihm doch bekannt sein, daß alle Gesetze die erste Kammer passieren müssen, oder mit anderen Worten, dieselben sind gesetzgebende Körperschaften.

M. H., ich will mich zunächst auf dies beschränken. Vielleicht gibt die Debatte mir Gelegenheit, zu den einzelnen Anträgen noch das Wort zu ergreifen. Für jetzt schließe ich mit der Hoffnung, daß das gerechte, kühne und milde Pluralwahlrecht, welches wir in Oldenburg erstreben, eine Mehrheit im Landtage finden möge. (Bravo!)

**Präsident:** Herr Abg. Schulz hat das Wort zum dritten male mit Genehmigung des Landtages.

Abg. **Schulz:** Ich verzichte vorläufig.

**Präsident:** Herr Abg. Driver hat das Wort.

Abg. Dr. **Driver:** Ich will auch verzichten.

**Präsident:** Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** M. H.! Gestern hat nach meinen Ausführungen Herr Kollege Ahlhorn in einer Art und Weise gegen mich gesprochen, daß ich dies nicht unerwidert lassen kann. Er hat durch seine Ausführungen gezeigt, daß mit

dem Politiker Ahlhorn (Osternburg) über Politik nicht zu reden ist. Er hat gemeint, ich hasse ihn. Nein, m. H., ich habe ganz andere Gefühle gegen ihn als Haß. (Weiterkeit.) Daß ich ihn nicht hasse, das beweist, daß ich s. Zt. mit großer Zufriedenheit und Freude zugestimmt habe, als meine Parteigenossen hier in Oldenburg ihn wählen wollten. Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß sie ihn in den Landtag gewählt hätten, sonst wäre er nicht drin und ich hätte die Freude nicht, mich mit ihm herumzuschlagen. Die Konsequenz für seine Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie ist in diesem Falle, daß er sein Mandat niederlegt. Das wird er aber nicht tun. (Zuruf: Er wird sich hüten!) M. H.! Nun hat er wieder gesagt, daß ich in Oldenburg die demagogische Agitation eingeführt hätte. Ich überlasse es dem Urteil dieses Hauses und dem Urteil aller klardenkenden Politiker in Oldenburg, ob ich in meiner 25jährigen Tätigkeit in der Gemeinde, im Landtage und als Reichstagskandidat mit demagogischen Mitteln agitiert habe. Es ist eigentümlich, m. H., ich habe seit 1887 mit seinem Kollegen Herrn Reichstagsabgeordneten Traeger gekämpft. Wir sind persönlich die besten Freunde, das kann ich offen sagen. Er hat, als wir im letzten Wahlkampf auseinander gingen, mir die Hand gedrückt und gesagt: Mein lieber Freund, wenn ich besiegt werde, gehe es Ihnen gut im Reichstage, wenn ich hineinkomme, werden Sie es mir wünschen.“ Ich habe mit dem Vorgänger des Abg. Ahlhorn, Bargmann, gekämpft. Er hat nie etwas gegen mich gehabt, ich habe mit seinem jetzigen Kollegen Fegter, dem bekannten „Jan mutt'r rin“, einen der schwersten Wahlkämpfe ausgefochten, die ich jemals ausgefochten habe. Wir sind in guter persönlicher Freundschaft geschieden. Ich halte es für selbstverständlich, daß das nicht nachgetragen wird. (Sehr richtig.) Herr Abg. Ahlhorn ist anderer Meinung. Aus dieser Meinung heraus ist dieser schwere Konflikt entstanden.

Herr Abg. Ahlhorn hat dann, und darauf kommt es mir an, wiederholt, was er im vorigen Jahre gesagt hat, er sei darum für eine 5jährige Karenzzeit, m. H., denken Sie sich, ein Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Freisinnigen Volkspartei ist für eine 5jährige Karenzzeit, denken Sie sich da die Konsequenzen, weil die Sozialdemokratie Wahlschiebungen in der Weise vorgenommen habe, daß sie nach Bremen gewählt habe und in Delmenhorst gewählt habe, um in Bremen den Sozialdemokraten durchzubekommen.

Herr Abg. Ahlhorn hat dann gesagt, ich sei ein Demagoge. Ich kann nicht anders, als zu sagen, eine solche Behauptung muß ich vorläufig als eine Verleumdung schlimmster Art betrachten und zwar solange, wie Herr Ahlhorn nicht den Beweis führt, daß das wahr ist. Im ersteren Falle kann er ihn nicht liefern.

**Präsident:** Ich glaube, Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Sie die Behauptung, die Herr Ahlhorn aufgestellt hat, als eine bewußte Verleumdung betrachten.

**Abg. Hug:** „Bewußte“ Verleumdung habe ich nicht gesagt. (Zuruf: Ist dazwischen gerufen!)

**Präsident:** Es wird gesagt: Ist dazwischen gerufen. Ich nehme an, daß Herr Abg. Hug die Grenze des parlamentarisch Zulässigen nicht überschritten hat.

**Abg. Hug** (fortfahrend): Ich bin bemüht, diese Grenze **Berichte.** XXXI. Landtag. 1. Versammlung.

nicht zu überschreiten. Ich behaupte, das ist nicht zu beweisen und ich bitte Herrn Ahlhorn, das außerhalb des Hauses zu wiederholen, damit ich Gelegenheit habe, den richterlichen Beweis zu führen. Die Sache liegt so, m. H., es gibt eine ganze Anzahl von Arbeitern, die in Delmenhorst und in der Umgegend von Delmenhorst wohnen, die arbeiten ständig in Bremen. Diese haben sich in Bremen in die Wählerliste eintragen lassen, sie haben aber in Delmenhorst nicht gewählt. Das ist ein Verhalten, das von den Arbeitern gemacht ist, und in der Hitze des Wahlkampfes haben die Bremer Nachrichten das gegen unsere Partei verwandt und auf dieser reinen Kundgebung stützt sich Herr Ahlhorn. Andere Beweise hat er nicht dafür und er kann nichts anderes, als das bestreiten, was ich gesagt habe. Ich will noch hinzufügen, die Art, wie Herr Abg. Ahlhorn uns bekämpft, er kann das tun, soll das tun, erinnert ganz außerordentlich an die Art, wie der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie uns bekämpft.

**Präsident:** Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

**Abg. Dr. Dursthoff:** Ich hatte nicht die Absicht das Wort zu ergreifen, weil ich der Ansicht bin, daß die Generaldiskussion erschöpft ist. Wenn ich es trotzdem tue, so tue ich es einmal, weil Herr Abg. Feigel mich direkt apostrophiert hat, sodaß ich mit ein paar Worten darauf eingehen muß, und zweitens weil ich zu den neu vorliegenden Pluralwahlrechtsanträgen in Ergänzung meiner gestrigen Ausführungen noch ein paar Worte sprechen möchte. Ich habe gestern gesagt, daß ich nicht glauben könnte, daß es möglich wäre, irgend ein Pluralwahlrecht zu konstruieren, das gerechter wäre in seiner Wirkung als das allgemeine, gleiche Wahlrecht, und in dieser Auffassung bestärkt mich der Antrag, der hier auf unserem Plaze liegt.

**Präsident:** Der Antrag ist abgeklatscht. Er wird in der Spezialdebatte eingebracht werden.

**Abg. Dr. Dursthoff** (fortfahrend): Wir sprechen zwar zunächst von den Anträgen im allgemeinen, aber ich darf diesen Antrag wohl in die Debatte mit hineinziehen. Und da meine ich, daß der Pluralwahlrechtsantrag, wie er jetzt vorliegt, aus ganz allgemeinen Gründen noch viel weniger annehmbar ist und noch viel mehr Bedenken hat, als der Antrag, der von dem Kollegen Hergens gestellt ist. Ich glaube, der Antrag Hergens wird ja auch große Verbitterung und Kämpfe hervorrufen, aber die werden sich in der Familie nicht derartig fortsetzen, wie bei dem Antrage, der uns hier vorliegt, der Wahlrechtsstufen in der Familie selbst aufrichtet und damit den Kampf in die Familie selbst hineinträgt. Ein anderer Grund aber ist noch viel schwerwiegender, und das ist ein allgemeiner Gesichtspunkt. Die verschiedenen Altersklassen haben jede ihre Bedeutung und Eigenarten und man soll sie möglichst wahren. Wir haben in den jugendlichen Klassen das Vorwärtsdrängen, den Optimismus und Idealismus; es fehlt ihnen aber die Erfahrung und Besonnenheit. Beides hat das Alter in reichem Maße, es fehlen ihm aber wieder vielfach positive Eigenschaften. Aus Optimismus wird Pessimismus, aus Idealismus wird Skeptizismus, und es ist gut, daß beide Altersklassen der Zahl nach sich ergänzen. Es hat die Natur daher ganz weise eingerichtet, daß die Zahl der Vertreter in den ver-

schiedenen Altersklassen sich ungefähr die Wage halten. Denn die Bevölkerung in einem Alter von 25 bis 40 Jahren ist fast gleich in der Zahl dem Teil der Bevölkerung, der ein Alter von 40 Jahren und darüber hat. Auf 1000 Erwachsene entfallen etwa 210 Personen im Alter von 25 bis 40 Jahren und 260 Personen im Alter von über 40 Jahren. M. H.! Ich glaube, daß das sehr weise in der Natur eingerichtet ist und an diesen natürlichen Verhältnissen sollte man nicht rütteln. Man sollte nicht künstlich der einen Altersstufe durch ein Pluralwahlrecht ein derartiges Uebergewicht verschaffen. Wenn der Antrag, wie er uns vorgelegt ist, angenommen würde, dann würden die 260 Personen über 40 Jahre 520 Stimmen haben gegen 210 Stimmen, die auf das jüngere Lebensalter entfallen. Ich halte das nicht für richtig. Ich würde ja selbst, da ich das 40. Lebensjahr überschritten habe, in den Besitz dieser 2. Stimme treten; ein derartiges Wahlrecht, gewissermaßen für Mummelgreise, kann ich aber nicht für richtig halten.

Dann ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Feigel. Herr Abg. Feigel sagt, ich hätte den häßlichen Ausdruck angewandt, daß ein Kompromiß zwischen Zentrum und Bund der Landwirte vorläge. M. H.! Wenn ich das getan habe, dann habe ich ausgesprochen, was außer mir wohl alle in diesem Hause und außerhalb dieses Hauses gedacht haben; und dieser Gedanke lag sehr nahe. Man sagte sich, das Schulgesetz steht bevor, dort braucht das Zentrum den Bund der Landwirte und deshalb beißen sie in den sauren Apfel und machen dieses Wahlgesetz mit. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Ich bin ein höflicher Mann und glaube das, wenn es gesagt wird. Ich sage aber, der Gedanke, dem ich gestern Ausdruck gegeben habe, lag sehr nahe, er lag umso mehr nahe, als Sie, die Sie doch noch vor 9 Monaten mit dem Brustton der Ueberzeugung das gleiche Wahlrecht verteidigten, jetzt dasselbe bekämpfen. Nun kann sich im Laufe von 9 Monaten im Leben des einzelnen Menschen ja manches ereignen, in unseren ganzen Staatsverhältnissen aber doch nicht. Und das hier ist eine ganz grundlegende, eine prinzipielle Frage, in der man seine Meinung nicht so rasch ändern kann. (Anschauungen!) Dann wundere ich mich, daß nur in diesem Teile des Hauses die Anschauungen sich geändert haben.

Ich wollte nur zeigen, wie ich zu der Auffassung gekommen bin und auch wohl kommen mußte. Im übrigen glaube ich, Herr Feigel, daß Sie sich bei der Sache doch verrechnen. Ich meine, daß es von ihrem Standpunkt nicht richtig ist, sich für ein derartiges Pluralwahlrecht auszusprechen. Es ging durch die Presse kürzlich die Äußerung, daß dieses Pluralwahlrecht das Sprungbrett für Herrn Abg. Hug nach dem Münsterlande sein würde. Ich bin der Ansicht, daß Sie durch dies Gesetz im Münsterlande die Sozialdemokratie groß ziehen werden, und fürchte, daß nicht nur Herr Abg. Hug dies Sprungbrett benutzen wird, sondern daß noch recht viele ihm nachspringen werden. (Heiterkeit.) Es wurde bei einer andern Gelegenheit hier kürzlich gesagt, das Zentrum habe einen Riß bekommen. Ich habe von dem Riß noch nichts bemerken können, aber wenn das Pluralwahlrecht angenommen wird, dann kann es sein, daß im Zentrumsturm ein Riß entsteht. (Zuruf: Freuen Sie sich doch!) Freuen? Ich freue mich garnicht, ich habe die

Herrn hier sehr gerne, Sie sollen nur nicht dominieren. Aber ich glaube, es wird die Zeit kommen, wo der Zentrumsturm einen Riß bekommt, wenn Sie das Pluralwahlrecht annehmen, und dann ist es möglich, daß in nicht allzuferner Zeit vielleicht nur Herr Abg. Feigel zurückkommt, während die übrigen 7 Abgeordneten daheim bleiben müssen. Dann kann Herr Abg. Hug sich die Hände reiben, (Oho!) und sagen: „Nur eine stolze Säule zeugt von verschwundener Pracht, auch diese schon geborsten, kann stürzen über Nacht.“ (Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Im übrigen weiß ich ja, ich kann Sie nicht mehr überzeugen, Sie haben sich Ihre Ueberzeugung gebildet und ich kann nur sagen: Schicksal nimm deinen Lauf.

**Präsident:** Herr Abg. v. Levechow hat das Wort.

**Abg. v. Levechow:** M. H.! Auch ich wollte eigentlich das Wort nicht ergreifen, da auch ich der Meinung bin, der Herr Abg. Dursthoff schon Ausdruck gegeben hat, daß ich tauben Ohren predigen würde. Ich bin aber leider dazu durch einige Vorgänge des gestrigen Tages gezwungen. Auf die persönlichen Anzuspinnungen des Herrn Abg. Voss einzugehen, halte ich für unter meiner Würde. Ich bedaure schmerzlich, daß durch solche persönliche Angriffe der gute Ton, der hier im Hause zu meiner großen Freude immer herrscht, leidet. Denn solche persönlichen Angriffe, die müssen naturgemäß zu persönlichen Gegenangriffen führen und diese können nicht die sachliche Erörterung der Gegenstände, die uns vorliegen, fördern. Ich muß mich dagegen aussprechen, daß Herr Abg. Voss erklärt hat, er habe im Namen seines ganzen Standes gesprochen. Sogar in seiner engsten Heimat, im Fürstentum Lübeck, gibt es Gott sei Dank eine Menge seiner Standesgenossen, die nicht seiner Meinung sind.

Es ist dann von Herrn Abg. Hug ein Flugblatt angezogen, was im Fürstentum Lübeck und Birkenfeld verbreitet worden ist. M. H.! Ich habe das nicht verfaßt, ich trage aber gerne die Verantwortung dafür. Nun werden Sie, meine Herren, doch wissen, wenn man ein Flugblatt herausgibt, nicht jedes Wort auf die Waagschale gelegt wird, wie es im Parlamente geschehen muß. (Keine Demagogie?) Ich habe von Demagogie nicht gesprochen, Herr Abg. Meyer, wir kommen aber noch dazu. Wenn in dem Flugblatte der Oldenburger Regierung Vorwürfe gemacht werden, so ist das meiner Ueberzeugung nach mit Recht geschehen. Die heutige Regierungsvorlage ist nach meiner Ueberzeugung nicht geeignet, das Blühen und die Ruhe im Lande zu fördern. Ich glaube, daß diese Vorlage sehr bedenkliche Folgen haben muß. Wir haben im Bunde der Landwirte, wenn ich für uns sprechen darf, nicht die Eigenschaft, daß wir nach oben oder nach unten Byzantinismus treiben. Wir sind der Meinung, daß wir ruhig unsere Ansichten äußern können, ohne Rücksicht darauf, ob sie oben oder unten gefallen. Wir äußern unsere Ansicht ohne Furcht und wenn Herr Abg. Voss uns gestern Mangel an Mut vorgeworfen hat, so meine ich, daß zu der Einbringung der Pluralwahlrechtsanträge weit größerer Mut gehört, als das Bleiben auf dem alten Pfade des gleichen Wahlrechts. (Sehr richtig!) Als wir das Pluralwahlrecht einbrachten, haben wir durchaus nicht gezweifelt, daß wir schweren Kämpfen

hier in diesem Saale, schweren Kämpfen auch außerhalb des Landtages entgegengehen würden. Wir haben diese Anträge eingebracht aus dem Grunde, weil wir überzeugt sind, daß auf die Dauer mit dem gleichen Wahlrecht in Oldenburg nicht durchzukommen ist. Und wenn gesagt wird, es hätte sich bis jetzt bewährt, so ist kein Beweis dafür beigebracht, daß es sich auch in Zukunft bewähren wird. Gestern in der ganzen Debatte ist nicht der kleinste Beweis vorgebracht worden, dafür, daß das gleiche Wahlrecht sich in absehbar langer Zeit noch weiter im Lande bewähren würde, wenn gleichzeitig das direkte Wahlrecht eingeführt würde. Wir sind für das direkte und allgemeine Wahlrecht gewesen und haben nun nach Mitteln und Wegen gesucht, dies direkte und allgemeine Wahlrecht durch Hinzufügen des Pluralwahlrechts zu verbessern, um dabei die ruhige Entwicklung des Staates in Zukunft zu garantieren. (Sehr richtig. Zurufe der Sozialdemokraten.) Ich brauche keinen Vormund, ich habe keine Angst vor Ihnen, ich teile auch nicht die Angst, die Herr Abg. Dursthoff vorgetragen hat, daß nun ein Aufblühen der Sozialdemokratie kommen wird, die teile ich nicht. M. H.! Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir hier als Abgeordnete die erste und heiligste Pflicht haben, alles zu tun, um in unserem Lande ein geordnetes und ruhiges Vorwärtsschreiten zu sichern und das zu sichern unter Beibehaltung der Monarchie, und wenn Herr Abg. Frhr. v. Hammerstein diesen Punkt gestern in vorzüglicher Weise betont hat, so bin ich ihm von Herzen dankbar dafür, daß auch von der Seite klar ausgesprochen ist, was den monarchischen Staat erhält. (Bravo!) Wir wollen nicht zur Republik kommen, weder auf diesem, noch auf einem anderen Wege.

M. H.! Dann will ich jetzt noch ganz kurz auf das eingehen, was Herr Abg. Dursthoff und verschiedene andere Herren über uns gesagt haben. M. H.! Auch wir haben keine Fraktion. Wir kommen gelegentlich zusammen und besprechen uns, genau wie die anderen Herren im Hause das tun und ich dürfte glauben, daß auch die Linke eine Fraktion gebildet hat und vielleicht die Herren Koch und Hug zusammengekommen sind, das könnten wir ebensogut sagen. (Heiterkeit).

Dann ist gesagt, — Herr Abg. Feigel hat es schon zurückgewiesen — ich möchte es auch von unserer Seite feststellen, daß von einem Kompromiß zwischen den Herren vom Zentrum und uns nie die Rede gewesen ist. Ich glaube, wir dürfen auch nie die Hand zu einem Kompromiß bieten, welches uns einen Teil unserer Ueberzeugung opfern läßt. Wir werden jetzt und in Zukunft lediglich nach unserer innersten Ueberzeugung stimmen, unbekümmert darum, wie das hier gefällt und wie es anderweit gefällt, und wir werden nie ein Kompromiß, wodurch wir einen Teil unserer Ueberzeugung opfern müßten, eingehen. (Bravo!)

**Präsident:** Herr Abg. Ahlhorn (Osternburg) hat das Wort.

Abg. **Ahlhorn:** M. H.! Herr Abg. Hug hat sich veranlaßt gesehen, die Angriffe, die er gestern gegen mich richtete, heute fortzusetzen. Ich habe ihn gestern unaufgefordert nicht angegriffen. Ich habe es nicht anders erwartet. Er hat mich in meinen Ausführungen unterbrochen, indem . . . (Widerspruch bei den Sozialdemo-

kraten). Als ich von demagogischen Umtrieben sprach, hat er mich unterbrochen. (Widerspruch.) Hätte er den Zuruf nicht gemacht, dann hätte ich mich auch nicht mit ihm beschäftigt. (Zuruf: Gott, sind Sie ein Engel!) Ich nehme kein Tüttelchen von dem zurück, was ich gestern gesagt habe. (Abg. Schulz: Jeder blamiert sich, so gut er kann! Heiterkeit). Das haben sie häufig genug getan und können es meinetwegen auch weiter tun. Zurück nehme ich nichts. Es kommt darauf an, wie man den Begriff „demagogische Umtriebe“ auffaßt und ich glaube, die große Mehrheit dieses Hauses wird mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß von demagogischen Umtrieben im schlimmsten Sinne des Wortes wohl gesprochen werden kann. M. H.! Der Herr Abg. Hug hat dann gesagt, mit dem Politiker Ahlhorn ließe sich nicht reden. Es ist bedauerlich, daß man sich mit solchen Politikern, wie Herr Abg. Hug, herumschlagen muß. Ich bin sehr erfreut, wenn ich von dem Politiker Hug befreit werde. (Heiterkeit). Mit solchen Politikern sich 5 Wochen herumzuschlagen, wie ich das bei der letzten Reichstagswahl vor 2 Jahren mußte, ist kein Vergnügen und dann guckt man der Sozialdemokratie in die Karten und lernt sie kennen in ihrer richtigen Gestalt, was und wie sie sind. M. H.! Und das ist ihnen unangenehm. Seit 30 Jahren habe ich ihnen in die Karten geguckt. Ja, Herr Abg. Hug, da waren Sie noch nicht richtig im Gange. Vor ihnen war ein Agitator da, der das Agitieren noch nicht geschäftsmäßig und gewerbsmäßig betrieb, der ging jeden Sonntag ins Land, er hieß Trillhose, bei uns nannte man ihn „Bewerbüch“. (Heiterkeit). Der Mann sprach wirklich aus Ueberzeugung und agitierte nicht um Stellung und Gewinn.

**Präsident:** Ich möchte den Herrn Redner bitten, nicht auf persönliche Sachen aus alten Zeiten einzugehen.

Abg. **Ahlhorn** (fortfahrend): Herr Abg. Hug hat gesagt, ich wäre nicht ohne Hilfe der Sozialdemokratie in den Landtag gekommen. M. H.! Ich kann nicht nachprüfen, ob die Sozialdemokratie mich gewählt hat. Das ist mir völlig unmöglich. Ich habe mich um das Mandat nicht beworben, ich habe im Gegenteil zunächst abgelehnt. Ich bin dann durch meine politischen Freunde dazu gedrängt worden. Ich will aber offen erklären, wenn ich bestimmt gewußt hätte, daß ich der Sozialdemokratie in Oldenburg mein Mandat verdanke, ich hätte nicht angenommen. (Zuruf: Das glaubt Ihnen ja kein Mensch!) Das können Sie ja nachholen. (Heiterkeit.) (Glocke des Präsidenten.) Alles, was Sie sagen, darf man nicht glauben.

Dann hat Herr Abg. Hug gesagt, er überlasse es dem Urteil des Hauses, ob er Demagogie getrieben habe oder nicht. Wir brauchen darüber nicht weiter zu sprechen.

Dann hat er wieder vorgetragen, was ich im vorigen Jahre zur Begründung meiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf angeführt habe. Er hat es etwas falsch aufgefaßt. Ich will mich ganz milde ausdrücken. Ich habe nämlich gesagt, diese Karenzzeit sei notwendig, um uns zu schützen vor Wahlschiebungen, denn es sei zu befürchten, daß die Sozialdemokraten es bei den Landtagswahlen ebenso machen würden, wie sie es bei der Reichstagswahl gemacht haben, daß sie überschießende Stimmen von Delmenhorst hinüber-



schieben nach Bremen, um dort wirken zu können, weil sie im III. Wahlkreise wirkungslos seien. Er stellt dies anders dar. Ich habe gesprochen von Wahlfug und Wahlbetrug und das ist aus den Reichstagsakten festgestellt, daß wirklich Wahlbetrug ausgeführt ist.

Herr Abg. Hug hat nach dem Rudi gerufen. Er würde den Rudi anrufen, wenn ich außerhalb des Hauses das sagen würde. Ach, du liebe Zeit, und diese Herren Sozialdemokraten, wie jammern sie, wenn das einem von den ihrigen geschieht. Ich würde mich schön hüten, mit Herrn Abg. Hug vor den Richter zu treten. Er kann mich so viel beleidigen, wie er will. Was ich gesagt habe, das zu sagen, war mir ein inneres Bedürfnis. Seit 2 Jahren werde ich von der sozialdemokratischen Presse mit Schmutz beworfen und weshalb? weil ich von meinen Freunden aufgefordert bin, das Reichstagsmandat anzunehmen. Ich habe mich nicht darum beworben. Ich habe es nur angenommen, um eine Angliederung der Liberalen herbeizuführen. Das ist für mich bestimmend gewesen. Ich hatte mich schon mehrere Jahre aus dem politischen Leben zurückgezogen. (Abg. Schulz: Taschentuch gefällig!) Mit ihren Wizen können sie mich nicht verärgern, wer so etwas durchgemacht hat, wie ich, der ist abgebrüht. (Heiterkeit.) Mit solchen Mäzchen können Sie auf dem Jahrmarkte zum dummen August in den Zirkus gehen. Da werden Sie gute Abnehmer haben und Geschäfte machen. (Heiterkeit, Glocke des Präsidenten.) Es ist geradezu rührend, wenn Herr Abg. Hug sich hier als geknickte Unschuld aufspielt. Er versteht das meisterlich und weiß auf diese Weise sich eine gewisse Popularität zu erwerben. Aber die gekränkte Unschuld zu spielen, ist sehr leicht. Also auf solche Weise, Herr Abg. Hug, können Sie hier alle diejenigen, die Sie genau kennen, nicht blenden. Ich will mich auf diese Entgegnung beschränken. Ich erwarte weitere Angriffe und werde dann weiter dienen.

**Präsident:** Ich möchte die Bitte aussprechen, in der weiteren Debatte möglichst diese persönlichen Sachen nicht so breit zu treten, wie das bisher geschehen ist. Am besten ist es, wenn sie ganz vermieden werden. Gerade das Schlufwort des Herrn Abg. Ahlhorn (Osternburg) veranlaßt mich zu dieser Bemerkung. Ich gebe das Wort Herrn Abg. v. Hammerstein.

Abg. Frhr. v. Hammerstein: M. H.! Herr Abg. Koch hat gestern meinen Worten wiederum eine Spitze gegeben, die absolut nicht darin lag. Er hat gesagt, ich hätte die Frage gestellt, den Aufruf getan, wer will den Staat schützen und hätte den Aufruf damit auch gegen die Regierungsvorlage und gegen die Beschlußfassung der nationalliberalen Partei gerichtet. (Zwischenrufe.) Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich durch Zwischenrufe etwas unterstützen. M. H.! Das, was ich gesagt habe, war etwas ganz anderes. Sowohl die Regierung wie die nationalliberale Partei haben nicht grundsätzlich meine Anschauungen bekämpft, wie der Freisinn es tut. Sie sehen die Gefahr, die ich sehe, auch, Sie sehen sie nur nicht so stark, wie ich. Die Regierungsvorlage bekämpft sie durch Karenzzeit und Mehrmännerwahlkreise. Es werden dadurch die Kreise, von denen ich die Gefahr voraussehe, mehr oder weniger für die nächste

Zeit unterdrückt. Die nationalliberale Partei der Stadt Oldenburg nimmt nicht streng Stellung gegen ein mäßiges Pluralwahlrecht, nicht im Grundsatz. Sie sagt ebenso wie die Regierung, wir sehen augenblicklich noch nicht die Gefahr für groß an, wir wollen das Eintreten der Gefahr abwarten, wir wollen erst dann, wenn die Gefahr groß wird, unsere Maßnahmen treffen. Wir wollen heute Ruhe haben. Wir glauben, daß die Beunruhigung, die Verbitterung jetzt zu groß werden wird und das ist uns noch unbequem und wir sehen es deshalb als unmöglich an, jetzt scharf vorzugehen. Darin unterscheide ich mich von der Staatsregierung und der Beschlußfassung des Teiles der Nationalliberalen, welche in Oldenburg zusammengetreten sind. Ich sage, wir sind schon heute gezwungen, wir müssen es schon heute tun, wir können es nicht unseren Kindern und Nachfolgern überlassen, weil dann die Gefahr eine sehr viel größere ist, weil dann der Kampf viel schwerer wird als heute. Ich behaupte außerdem, daß die Beunruhigung, die Unruhe, die in die Bevölkerung getragen wird, wohl groß sein wird, daß sie aber infolge der direkten, gleichen Wahl ebenso groß sein wird, als wenn anstatt der direkten gleichen Wahl ein mäßiges Pluralwahlrecht kommt. Und die Wirkung im Landtage, in unseren Verhandlungen von der direkten gleichen Wahl wird die sein, daß die Beunruhigung noch bedeutend mehr zunehmen wird ohne ein Pluralwahlrecht. So einen kleinen Vorgegeschmack haben Sie heute und gestern schon davon gehabt. Das wird sich noch ganz anders entwickeln. (Zuruf: Da haben Sie die Schuld!) Die Schuld haben nach meiner Auffassung — wir haben eben eine verschiedene Auffassung — die, die das Uebergewicht haben, und die, welche nach meiner Auffassung Demagogen sind. M. H.! Der Unterschied ist am krasssten hervorgetreten in dem Gegensatz zwischen den Herren Abgg. Dursthoff und Müller (Brake). Herr Abg. Müller (Brake) hat mit schlagenden Beweisen dargelegt, daß durch die direkte und gleiche Wahl Handel und Industrie aus dem Landtage völlig verschwinden würden. (Sehr richtig! Stellen Sie doch Kaufleute auf!) Sie werden nicht gewählt werden. Das hat Herr Abg. Müller (Brake) bewiesen an Beispielen in Hamburg und Bremen. Die übertragen sich auf Delmenhorst, Nordenham, Blexen usw. M. H.! Herr Abg. Dursthoff dagegen vertritt nicht Handel und Industrie. Er vertritt mit seinen Ausführungen freisinnige Theorien. Das ist der Unterschied zwischen beiden Herren. M. H.! Was ich will, ist, daß wir nicht in absehbarer Zeit, wenn die Gefahr eine große geworden ist, die Fundamente unserer Staatsordnung schützen sollen, sondern daß wir schon heute dazu verpflichtet sind.

**Präsident:** Herr Abg. Voß hat das Wort.

Abg. Voß: Die meisten Kollegen haben sich auf den gestrigen Tag bezogen, um noch verschiedenes richtig zu stellen von Behauptungen, die gestern aufgestellt sind. Also kann ich dem folgen und auf die Aeußerungen zurückkommen, die gestern gefallen sind und denen ich nicht zustimmen kann.

Herr Abg. Haben hat das Beispiel der Wahlrechtsverschlechterung von Hamburg und Bremen angeführt und will es den Liberalen vorhalten. Ich will dazu bemerken — es ist ihm auch schon von anderer Seite gesagt worden —



daß z. B. in Hamburg die Wahlrechtsverschlechterung von meinen politischen Freunden bekämpft worden ist, mehr als von Seiten der Sozialdemokratie. Meine politischen Freunde sind die dortigen Liberalen. Die Vorgänge in Hamburg dürfen daher mir und meinen Freunden nicht vorgehalten werden. (Wer war es denn?) Dr. Peters und Dr. Brabant, die Führer der Liberalen in Hamburg, kämpfen noch heute für ein besseres Wahlrecht. Nach der Methode des Herrn Abg. Haben könnten uns Liberalen alle Sünden, welche irgendwo im Reiche zu irgend einer Zeit gemacht worden sind, aufgebürdet werden. Daß auch von liberaler Seite Sünden begangen sind, ist selbstverständlich. Ich bin überzeugt, daß auch das Vorgehen des Herrn Abg. Müller den Liberalen in Zukunft angehängt wird, nicht nur im Großherzogtum Oldenburg, sondern über die Grenzen hinaus im Reiche. Der Standpunkt, den Herr Müller vertreten hat, ist aber nicht liberal, der ist auch nicht nationalliberal, sondern konservativ. Denn die Nationalliberalen haben bisher im Reiche nicht mit der Deutlichkeit gefordert, daß das Reichstagswahlrecht geändert werden solle, wie Herr Abg. Müller das getan hat, sondern im Gegenteil sich als Freunde des gleichen, direkten, allgemeinen Wahlrechts bekannt. Die Nationalliberalen Oldenburgs haben hier neulich in einer imposanten Kundgebung zum Ausdruck gebracht, daß sie das Reichstagswahlrecht auf das Großherzogtum übertragen sehen wollen. Diesen Nationalliberalen werde ich Herrn Abg. Müller also nicht zurechnen können (Abg. Müller [Nuzhorn]: Welcher Müller?), denn sie stehen auf einem anderen Standpunkte als er und der Reichstagskandidat der Nationalliberalen, Herr v. Hammerstein. Die Begründung, welche Herr Abg. Müller gegen das Wahlrecht gegeben hat — (Abg. Müller [Nuzhorn]: Er soll endlich mal sagen, welcher Müller gemeint ist!) — Herrn Abg. Müller (Brake) meine ich natürlich. Bezieht Herr Müller (Nuzhorn) diese Ausführungen auf sich, so ist das auch ein Mangel an Selbsterkenntnis. Herr Abg. Müller (Brake) hat als Beispiel, daß das Reichstagswahlrecht einer Reform bedürfe, angeführt, daß der Reichskanzler und ein Handwerksbursche gleichviel Wahlrecht hätten. Derartige Beispiele ipsechen aber nicht für das Pluralwahlrecht, denn dabei gibt es ebenfalls solche Ungleichheiten. Nach den Anträgen der Abgg. Müller (Nuzhorn) und Hergens würde z. B. ein halb blödsinniger Mensch, der eine verfallene Käte, sagen wir im Werte von 4—500 M., hat, mehr als 10 Jahre im Oldenburger Lande ansässig ist, drei Stimmen haben. (Zuruf: Stand in den Zeitungen! Weitere Zwischenrufe.) Wenn Sie reden wollen, können Sie sich ja zum Worte melden. Der würde also drei Stimmen haben und ein Jurist, der neun Jahre ansässig ist, hat nur eine Stimme. Das ist ein genau so gutes und so schlechtes Beispiel wie das, was Herr Abg. Müller (Brake) angeführt hat für das Reichstagswahlrecht. Er will durch die Einführung des Pluralwahlrechts die seßhafte Bevölkerung schützen. Das heißt nichts anderes, als die Herrschaft einer Klasse für alle Zukunft sichern wollen. Gründe für die Berechtigung dieses Bestrebens hat er nicht angegeben, wenigstens keine durchschlagenden. Ich habe dabei den Eindruck gehabt, daß man mit denselben Gründen die Aufhebung der Sklaverei hätte bekämpfen können. Die Forderung, daß

man die Industrie durch das Pluralwahlrecht schützen müsse, ist absolut nicht durch Beweise gestützt worden. Sie ist auch ganz widersinnig. Gehören die Arbeiter nicht auch zur Industrie, bilden sie nicht einen sehr wesentlichen Teil derselben? Diese Arbeiter will Herr Abg. Müller rechtlos machen, er will nicht, daß sie im Landtage vertreten sind. Aber die Herren sollen vertreten sein. Das ist der richtige Herrenstandpunkt, ein Standpunkt, der aber nicht liberal ist.

Nun noch einige Worte gegenüber Herrn Abg. Feigel, der auch den Drang spürte, mich beim Ohr zu nehmen. Dabei hat er aber gesagt, daß im vorigen Jahre seine engeren Freunde aus dem Münsterlande mit dem Antrage Müller (Brake) sympathisiert hätten. Das mag wohl sein, wenigstens teilweise. Sie hatten sogar einige Kollegen, welche gegen die Einführung der direkten Wahl stimmten. Wenn sie mit dem Antrage Müller (Brake) sympathisiert haben, so geschah es, weil dieser die Fläche berücksichtigen wollte, und Fläche haben sie im Süden in reichem Maße. (Zuruf: Gott sei Dank! Heiterkeit.) Sie konnten durch den Antrag mehr Rechte erwerben und an Einfluß gewinnen; ob ihr Standpunkt von der Gerechtigkeit diktiert war, ist aber eine andere Frage.

Es ist lebhaft bestritten worden, daß die Münsterländer Abgeordneten eine Fraktion bilden. M. H.! Schon seit vielen Jahren haben im Landtage die Abgeordneten aus dem Münsterlande eine Fraktion. Wenn es, wie Herr Abg. Feigel gesagt hat, keine Fraktion dem Namen nach ist, so besteht sie aber in der Tat. Es kommt mir daher wie Jesuiterei vor, wenn sie bestreiten wollen, daß sie eine Fraktion bilden. Sie haben vielleicht kein Fraktionslokal. Es ist vielleicht nicht mehr im „Kronprinzen“, früher sind sie dort aber sehr oft zusammengekommen und haben über wichtige Fragen beraten. (Widerspruch.) Also ist es jetzt ein anderes Lokal. Es mag auch sein, daß sie ihre Besprechungen gelegentlich vor der Messe abhalten. Wenn ferner bestritten worden ist, daß ein Kartell besteht, so kann ich darauf hinweisen, daß überall die Ansicht besteht, daß ein Kompromiß zwischen Zentrum und Agrariern geschlossen ist. Und sie haben auch gemeinschaftliche Besprechungen gehabt, das werden sie nicht leugnen können.

Herr Abg. v. Levezow hat behauptet, daß ich ihn persönlich angegriffen hätte. Das ist mir nicht bekannt. Ich habe nur gesagt, daß ich Zweifel hätte, ob es berechtigt gewesen sei, daß er in der Rudelsburg feuchten Auges auf Herrn Abg. Müller (Nuzhorn) hingewiesen habe mit den Worten: Da steht der arme, bemitleidenswerte Mann, der soviel mit Schmutz beworfen ist. Ich aber habe mich also mit dem Abg. Müller (Nuzhorn) beschäftigt und bezweifelt, ob er wirklich das Recht hat, sich als das unschuldsvolle Lamm hinzustellen. Und ich möchte noch hinzufügen: Es hat wohl noch kein Mann im ganzen Oldenburger Lande solchen Aufbruch verursacht, wie Herr Abg. Müller (Nuzhorn). Wenn ich mich berechtigt fühlte, die Lehrerschaft gegen die Angriffe des Abg. Müller (Nuzhorn) in Schutz zu nehmen, so ist das mein gutes Recht, und das werde ich nach wie vor wahrnehmen. Herr Abg. v. Levezow hat die Behauptung ausgesprochen, daß die Lehrer im Fürstentum Lübeck nicht hinter mir ständen. Ich glaube aber nicht, daß Herr Abg.

v. Levezow in einer so engen Verbindung mit dem Lehrstande des Fürstentums Lübeck steht, daß er behaupten kann, man stimme mir nicht zu, wenn ich die Lehrer gegen die unqualifizierbaren Angriffe des Abg. Müller (Ruhhorn) in Schutz nehme.

Dann habe ich noch einen Punkt aufzuklären, der auch, ich glaube von Herrn Abg. v. Hammerstein verschoben worden ist. Er betrifft einen Vorgang in der national-liberalen Versammlung in Oldenburg. Dort wurde seitens des Referenten, Generalsekretär Zimmermann, behauptet, daß es eine Feigheit seitens der Minorität sei, wenn sie nicht offen und ehrlich sage, daß sie das Wahlrecht verschlechtern wolle im eigenen Interesse, um die Herrschaft des Grundbesitzes auf die Dauer zu sichern. Das ist also von einem national-liberalen Führer gesagt und nicht von mir oder einem Parteifreunde.

Schließlich muß ich mich Herrn Abg. v. Levezow persönlich zuwenden. Er hat meinen Ton beanstandet. Ich möchte glauben, daß Sie absolut nicht berechtigt sind, mir irgend welche Vorwürfe zu machen. Sie, der Sie es gewagt haben, solche Verdächtigungen auszusprechen, wie Sie es in der Rudelsburg getan haben, als Sie sagten, die liberale Versammlung in Eutin sei von 50 Männern und 30 hysterischen Weibern besucht gewesen. Herr Abg. von Levezow, paßt etwa diese Art und Weise zu Ihrem „guten“ Ton? Sie haben wahrlich nicht das Recht, mich im Namen des guten Tons, den ich darunter verstehe, kritisieren zu wollen. Sie haben ferner für sich in Anspruch genommen, den Mut der Ueberzeugung zu haben. Aber Sie haben wirklich keinen Mannesmut gezeigt, wenn Sie vor der Wahl den liberalen Wählern verschwiegen haben, daß Sie gegen das gleiche Wahlrecht seien. Alle Welt glaubte, Sie würden für das gleiche Wahlrecht eintreten und unsere Wähler im Fürstentume haben das auch gewollt. Die Liberalen im Fürstentume werden sich aber merken, wie Ihre wahre Gesinnung ist, das kann ich Ihnen sagen, und die Quittung werden Sie seinerzeit empfangen.

**Präsident:** Ich kann nur nochmals die Bitte aussprechen, persönliche Sachen aus der Debatte fortzulassen. Herr Abg. Koch hat das Wort.

Abg. **Koch:** Ich bedaure, daß zwei Aeußerungen mich zwingen, Sie mit ein paar Worten aufzuhalten. Herr Abg. v. Levezow hat hier — wenn ich richtig verstanden habe — der Vermutung Raum gegeben, daß Herr Abg. Hug und ich zusammen gekommen seien zu politischen Erörterungen. (Zuruf: Vielleicht!) Ich halte es für im höchsten Maße unqualifizierbar, einer derartigen Vermutung ohne den Schatten eines Beweises Ausdruck zu geben. Die Vermutung ist unrichtig und unwahr, und jemand, der seinen Kollegen mit leeren Vermutungen irgend etwas anzuhängen versucht, der hat — darin muß ich Herrn Abg. Voß Recht geben — nicht die geringste Veranlassung, sich aufs hohe Pferd zu setzen. Ich habe niemals irgend eine politische Zusammenkunft mit Herrn Hug gehabt, niemals in meinem ganzen Leben. (Zuruf: Was wäre auch dabei!) Das ist eine andere Frage. Herr Schulz verderben Sie doch nicht jedem Redner seine Pointen durch ihre ewigen Zwischenrufe! — Ich muß also diese Vermutung mit Entschiedenheit zurückweisen.

Herr Abg. v. Hammerstein hat gestern gefragt, und zwar mit Emphase, wer bereit sei, die jetzigen Throne zu stützen, und hat das als wichtigste Aufgabe der Zeit hingestellt. Und ich habe gegenüber dieser Aeußerung lediglich auf die tiefe Klust hingewiesen, die Herrn v. Hammerstein trennt von der nationalliberalen Partei. Das ist keineswegs persönlich. Im Gegenteil, ich habe mich mit der politischen Ueberzeugung eines politischen Gegners beschäftigt, wie es die Aufgabe hier im Hause ist. Eine persönliche Bemerkung mache ich nicht, wenn ich nicht dazu gezwungen werde. Das ist früher hier Sitte gewesen, und darin werde ich mich auch nicht durch die neulich hier eingeführten anderen Sitten beirren lassen.

**Präsident:** Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** M. H.! Zunächst ein paar Worte gegenüber Herrn Abg. Ahlhorn (Osternburg)! Er hat durch seine Ausführungen den Beweis geliefert, daß ich Recht habe, wenn ich sagte, man kann über Politik mit ihm sich nicht aussprechen. Nun will ich aber feststellen, daß die Sache doch anders lag, als er sie dargestellt hat. Er sprach davon, daß die Sozialdemokratie eigentlich sich freuen müsse, daß die Pluralwahlrechtsanträge vorliegen, denn das gebe ihr einen reichlichen und guten Agitationsstoff. Und da habe ich dazwischen gerufen, jawohl, wir würden uns freuen, wenn wir Demagogen wären, und darauf antwortete er: „Ja, Sie sind die Demagogen!“ So lag die Sache, nicht so, wie Herr Ahlhorn sie dargestellt hat. Damit bin ich mit ihm vollständig fertig.

Herr Kollege v. Levezow hat gesagt, es gehöre großer Mut dazu, die Pluralwahlrechtsanträge einzubringen. Nein, es gehört kein Mut dazu, sondern Uebermut.

Herr Abg. v. Hammerstein kommt in seinen Ausführungen einfach zu der Konsequenz, daß die richtigsten Wahlen für ein Parlament die Standeswahlen seien. Handwerker, Arbeiter, Kaufleute, Industrielle usw. Und einen ähnlichen Standpunkt nimmt auch Herr Abg. Müller (Brake) ein. M. H.! Ich war einesteils überrascht, daß Herr Müller (Brake) sich doch noch zum Pluralwahlrecht hinübergemaufert hat. Ich kann es nicht zusammenreimen, daß ein Mann, der Wahlauftrufe unterschreibt, welche die Wahl des Abg. Träger bezwecken, daß der für das Pluralwahlrecht eintreten kann. M. H.! Die Gestaltung des Wahlrechtes ist doch eine politische Sache, da gehören doch Grundsätze dazu! Und Herr Abg. Träger hat bis jetzt auch im preussischen Landtag klipp und klar den Grundsatz vertreten, daß es für ihn und seine Partei nichts anderes geben kann, als das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht. Er verlangt es sogar für die Gemeindewahlen. Die Parteifreunde des Herrn Müller (Brake) können mit Recht sagen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden! Vor meinen Feinden werde ich mich schon selbst schützen“.

Nun gegenüber den Worten des Herrn Abg. Feigel, die sich im wesentlichen decken mit den Ausführungen des Herrn Abg. Driver! Beide haben mit dem Wort „Fluktuation der Arbeiter“ operiert und es so dargestellt, als ob die Arbeiter einfach zugewandert kommen zu Zeiten der guten Konjunktur und einfach abwandern zur Zeit der schlechten Konjunktur. Das ist doch falsch. Die Industrie,

die einmal da ist, kann nicht abwandern, und wenn sie auch einmal schlechter geht, es bleibt doch ein Stamm von Arbeitern da, und der hat alle Ursache, zu wünschen, stetig Arbeitsgelegenheit und ein dauerndes Auskommen zu haben. Also mit der Fluktuation treiben Sie ein Wortspiel, das gar nicht angebracht ist. Die Einführung des Pluralwahlrechts ist einfach ein großes Unrecht, und damit basta!

Es ist schon angeführt worden, daß Sie die katholischen Arbeiter in Delmenhorst geradezu verraten. Ich kann mir wohl denken, ihre Zahl ist ihnen zu klein, auch haben sie weiter kein Grund-Eigentum, als Blumentöpfe. Darum geben Sie sie preis. Aber es wird das eintreffen — und ich freue mich darauf, wenn es eintritt —, daß den katholischen Arbeitern einmal die Augen aufgehen, wie Sie, die Besitzenden und Führenden mit den Arbeitern umspringen. — Noch ein anderes Wort! Sie haben doch eine ganze Anzahl Feuerleute, die den Besitzern der großen Flächen — von denen Herr Feigel sagte — die Arbeit machen. Denen nehmen sie das Recht, und das sei hiermit festgestellt! (Zwischenruf.) Was Sie da haben, das geht mich nichts an! (Heiterkeit.)

M. H.! Dann wiederum kommen Sie immer wieder mit ihrem Zweikammersystem. Ich will mich gar nicht mit Ihnen darüber streiten, wo es ist und welchen Einfluß auf die Gesetzgebung das hat. Aber das steht doch fest, daß in keinem Lande eine wirkliche Volkspartei, irgend eine Partei, welche volkstümliche Politik treibt, mit dem Bestehen einer ersten Kammer zufrieden ist, und überall finden wir das Bestreben, die erste Kammer zu beseitigen. Dagegen Sie würden sie am liebsten einführen. (Mein!) Weil das aber nicht opportun ist, wollen Sie im Pluralwahlrecht ein Gegengewicht haben gegen die Volksmeinung, gegen die Arbeiter. Das ist genau dasselbe. Und wenn Sie Anspruch machen auf eine Volkspartei, wenn Sie Anspruch darauf machen, mitten im Volke zu stehen, so dürfen Sie nicht ein Gegengewicht verlangen, weil wir keine erste Kammer haben, sondern müssen Sie sich von derartigen Beschränkungen abwenden.

Es ist ein großer Streit darüber ausgebrochen ob im Landtag Fraktionen bestehen oder nicht. Man kommt doch darum nicht herum, solche grundsätzliche Fragen, wenn sie auftreten, auch unter dem Gesichtswinkel der Parteipolitik zu betrachten. Ich halte es für einen müßigen Streit, ob Fraktionen bestehen oder nicht. Alle Herren haben es abgeleugnet, ich leugne es für uns nicht ab. Aber Sie vom Zentrum kommen doch auch zusammen — Sie brauchen darum keine Statuten zu haben. — Das Zusammenkommen und das auf eine Meinung Verpflichten ist doch das Wesen einer Fraktion! Wenn Sie heute nicht so fest zusammen halten, dann fehlt Ihnen eben das geistige Haupt und der Führer. Nachdem Herr Burlage fort ist, fehlt Ihnen beides, so liegt die Sache. Warum denn das leugnen! Ich habe doch so oft schon gesehen, wie die Herren vom Bauernbund alle paar Stunden zusammen konferieren. Das nehme ich Ihnen gar nicht übel; aber warum leugnen Sie, daß Sie eine Fraktion haben? (Abg. Haben: Das leugnen wir gar nicht!) Na also! (Abg. Haben: Wir sind immer ganz ehrlich gewesen.) Ja, ganz ehrlich sind Sie! (Heiterkeit.) Herr Haben hat am wenigsten Ursache, sich

gegen die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie zu wenden. Es steht fest und da rufe ich ihn als Zeugen auf, daß wir Sozialdemokraten in allen Fragen das Gemeinwohl voranstellen. Ich habe mit ihm zusammen zirka 15 Jahre im Amtsrat gearbeitet. Und da wird er sagen müssen, daß wir sehr oft die Schiedsrichter gewesen sind in den ganz speziellen Sonderinteressen der Landwirte im Norden des Jeberlandes, daß wir die Schiedsrichter gewesen sind im Interesse des Gemeinwohls. Wenn wir nun im Begriff des „Gemeinwohls“ auseinandergehen, aber in diesem kleinen Gebiete, wo wir zusammengearbeitet haben, er sowohl wie Herr Abg. Gerdes — der uns leider auch aus der Hand gefallen ist, indem er einen Pluralwahlrechtsantrag aufgenommen hat — müssen Sie doch bekunden, daß wir ohne Sonderinteressen alle die Fragen behandelt haben, daß wir für das Gemeinwohl des ganzen Jeberlandes gearbeitet haben. Herr Abg. Haben kann also die Sache nicht so hinstellen, als ob wir bei der Betätigung unserer Anschauungen Sonderinteressen vertreten, sondern wir vertreten das Gemeinwohl und bekämpfen nur Privilegien auch die Privilegien des Besitzes.

M. H.! Ich wünsche — und will weiter, obgleich ich eine ganze Masse Material habe, nichts mehr dazu sagen — daß die Pluralwahlrechtsanträge abgelehnt werden und nicht nur diese, sondern auch jeder Kompromißantrag, der in irgend einer, auch abgeschwächten Form, der Idee des Pluralwahlrechts folgt.

**Präsident:** Herr Abg. v. Fricken hat das Wort.

Abg. v. Fricken: M. H.! Wenn ich ums Wort gebeten habe, so ist es nicht, um zur Sache zu reden. Dazu ist schon soviel geredet, daß ein Mehr Eulen nach Athen tragen hieße. Mich veranlaßt, das Wort zu nehmen, eine Aeußerung des Herrn Kollegen Dursthoff. Herr Dursthoff irrt, wenn er glaubt und behauptet, daß noch vor neun Monaten sämtliche münsterländische Abgeordneten geschlossen für das allgemeine gleiche Wahlrecht gestimmt hätten. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich, so lange ich im Landtage sitze, mich stets gegen das neue Wahlrecht ausgesprochen habe, und zwar deshalb, weil unser altes System sich bewährt hat und es mir mindestens zweifelhaft war, ob dasjenige, was man an die Stelle setzen wollte, eine Verbesserung sei. Erst, nachdem der jetzt vorliegende Regierungsentwurf erschienen, habe ich mich entschließen können, für eine Aenderung des Staatsgrundgesetzes zu stimmen, und zwar deshalb, weil mir genügend Kautelen gegen die fluktuierende Bevölkerung darin enthalten zu sein schienen.

Dann muß ich noch auf eine Aeußerung des Herrn Abg. Voß von gestern zurückkommen. Herr Voß sagte, wer denn eigentlich daran dächte, das Landtagswahlrecht auf die Kommunen zu übertragen. Herr Voß, ich will Ihnen die Antwort geben: Die Herren Sozialdemokraten. Noch im vorigen Jahre hat Herr Abg. Schulz hier einen Antrag eingebracht, den ich nach dem Wortlaut nicht wiedergeben kann, der aber darauf hinauszielte, jedem Gemeindebürger vom 21. Lebensjahre an das volle Gemeinderecht zu geben.

Dann hat soeben Herr Abg. Voß hier nach meinem Dafürhalten in ganz unmotivierter Weise die Messe herein-

getragen. Was die bei unseren Verhandlungen für eine Rolle spielen sollte, verstehe ich nicht. Herr Voss, ich muß dringend bitten, hier das nicht zu profanieren, was anderen heilig ist. (Bravo!)

**Präsident:** Ich muß bemerken, daß Herr Abg. Voss nichts profaniert hat. Er hat nur gesagt, die Abgeordneten hätten sich bei Gelegenheit vor der Messe besprochen. Darin kann ich kein Profanieren der Messe erblicken. (Sehr richtig!) — Herr Abg. Seitmann hat das Wort.

**Abg. Seitmann:** Zur Verteidigung seines Gefinnungswechsels hat Herr Abg. Feigel einige Bemerkungen gemacht, die mich zwingen, das Wort zu nehmen. Er hat in seinen Ausführungen gesagt, daß der Staat verpflichtet wäre, der fehhafsten Bevölkerung gegenüber ein größeres Interesse zu dokumentieren. Nun ist ohne weiteres klar, daß der Begriff „fehhafte Bevölkerung“ zusammenfällt mit dem Begriff „besitzende Bevölkerungsklassen“. Und damit spricht Herr Abg. Feigel gewissermaßen dem Staate die Pflicht zu, mit zweierlei Maß zu messen, mit einem Maß gegenüber der besitzenden Klasse und mit einem anderen Maß gegenüber der weniger besitzenden Klasse. Und wenn er auch nicht von einem „Maßmessen“ gesprochen hat, so sind seine Äußerungen, diesen Bevölkerungsklassen zweierlei Interesse entgegen zu bringen, gleichbedeutend mit dem Messen mit zweierlei Maß. M. H.! Mit diesem Grundsatz proklamiert der Herr Abg. Feigel ohne weiteres den Klassenstaat, den Sie immer zu leugnen beabsichtigen. Sie wissen, daß nicht jeder Arbeiter Hausbesitzer sein kann, und es wird in der katholischen Bevölkerung, in der katholischen Arbeiterschaft einen großen Teil von Personen geben, die auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht Hausbesitzer sein können. Damit spricht der Herr Abg. Feigel aus, daß der Staat verpflichtet ist, diesen katholischen Arbeitern gegenüber ein geringeres Interesse entgegen zu bringen. Wir werden uns verpflichtet halten, diese Ausführungen des Herrn Abg. Feigel gelegentlich zu verwenden. Wenn Herr Feigel nun weiter erklärt, daß unser Land vor einem Sturm bewahrt bleiben wird, wenn die Sozialdemokratie nicht diesen Sturm nach Annahme des Pluralwahlrechts entfacht, so will ich ihm erklären, daß jeder, der Gegner des Pluralwahlrechts ist, ob er nun Sozialdemokrat ist oder nicht, verpflichtet ist, so lange die Massen zum Sturm gegen das Pluralwahlrecht aufzurufen, bis dieses wieder gefallen ist. Und meine Freunde haben bereits erklärt, daß wir es uns zur Lebensaufgabe machen müssen und werden, den Kampf gegen das Pluralwahlrecht zu führen.

Mit einigen Worten werde ich nun verpflichtet sein, mich mit der Person des Herrn Abg. Ahlhorn (Osternburg) zu beschäftigen. Er hat in seinen Ausführungen einen Unterschied zwischen Agitation aus Ueberzeugung und Agitation aus Geschäft gemacht. Ich brauche darauf nicht einzugehen, ich stelle das nur fest, was zur Charakterisierung des Herrn Abg. Ahlhorn vollständig genügt. Wenn er uns nun aber aufgerufen hat, den Beweis dafür zu erbringen, daß es ihm nur durch unsere Hülfe möglich geworden ist, hier im Landtag zu sprechen, dann will ich dem Herrn Abg. Ahlhorn den Beweis erbringen. (Sehr gut!) Ich glaube aber nicht, daß er es dann wahr machen wird, was er erklärt hat, näm-

lich sein Mandat niederzulegen. Einen solchen Mannesmut traue ich Herrn Ahlhorn nicht zu. Als es sich um die Wahl der Abgeordneten handelte, standen aus Osternburg drei Personen zur Wahl.

**Präsident:** Ich muß den Herrn Abgeordneten bitten, auf diese Wahldetails nicht einzugehen.

**Abg. Seitmann** (fortfahrend): Ich werde nur mit einem ganz kurzen Strich die Situation charakterisieren, weil es notwendig ist, nachdem Herr Abg. Ahlhorn uns aufgefordert hat, den Beweis für unsere Behauptung zu erbringen. Ich will mich ganz kurz fassen. Von liberaler Seite — das stelle ich ausdrücklich fest — ist man an uns herangetreten. Wir haben gemeinschaftlich Fühlung gesucht, um zu verhindern, daß Bauernbündler gewählt würden (Hört! Hört!), weil wir die Wahl von liberalen Männern im Interesse des Wohlergehens des Staates und der Bevölkerung für besser hielten als die Wahl von Bauernbündlern, denen das Staats- und Gemeininteresse unserer Ueberzeugung nach abgeht. Also auf Grund dieser Situation sind liberale Führer mit uns zusammengetreten und haben über die zu wählenden Personen verhandelt. Und als uns nun die Frage vorgelegt wurde, ob wir bereit seien, für den Herrn Abg. Ahlhorn einzutreten, haben wir erklärt, daß wir trotz aller Vorkommnisse bei der Reichstagswahl — gemeint sind die persönlichen Angriffe, die gerade Herr Abg. Ahlhorn gegen die Sozialdemokratie geschleudert hat, das gab den liberalen Führern nämlich selbst Bedenken, ob wir bereit seien, für Herrn Ahlhorn einzutreten —, erklärten wir also, trotz dieser persönlichen Angriffe des Herrn Abg. Ahlhorn gegen die Sozialdemokratie würden wir unter den gegebenen Umständen ganz selbstverständlich für ihn stimmen. Und Herr Ahlhorn braucht nur nachzuschauen, wie viel Wahlmänner von rechts und von links und wieviel Wahlmänner von liberaler Seite vorhanden waren, und mit mathematischer Genauigkeit — als Lehrer wird er es wohl ausrechnen können — kann er nachrechnen, was auch von den Führern der freisinnigen Partei anerkannt ist, daß er lediglich durch unsere Hülfe im Landtag sitzt.

Nun ein paar Worte zu der Bemerkung bezüglich der fünfjährigen Karenzzeit, die Herr Abg. Ahlhorn für notwendig hält, um Wahlschiebungen zu verhindern. Ja, m. H., ich glaube, es wird wohl hier im Hause niemand sitzen außer dem Herrn Abg. Ahlhorn, und auch dieser wird es selbst nicht glauben, daß es möglich ist bei einer dreijährigen Karenzzeit, selbst wenn man Schiebungen machen wollte, Schiebungen machen zu können. Denn das wird doch selbst Herr Abg. Ahlhorn einsehen, daß man nicht drei Jahre im voraus Personen nach Oldenburg schieben kann, um dadurch auf die Wahlen einen Einfluß auszuüben. Nicht einmal bei einem Jahre würde das möglich sein. Solche Konstruktionen kann nur Herr Abg. Ahlhorn zusammenbringen!

Nun ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. v. Hammerstein, der sagte, bei dem gleichen Wahlrecht würden Handel und Gewerbe hier keine Vertretung finden. Ich möchte Herrn v. Hammerstein ersuchen, dann für unsern Antrag auf Einführung der Verhältniswahl zu stimmen, dann werden alle Kreise bei der Verhältniswahl



zu ihrem Recht kommen. Wenn Herr Abg. v. Hammerstein durch Schütteln des Kopfes dies bezweifelt, so nehme ich an, ist es ihm nicht darum zu tun, Handel und Gewerbe eine Vertretung zu sichern, sondern es ist ihm darum zu tun, der arbeitenden Klasse das gleiche Wahlrecht zu nehmen aus der Befürchtung heraus, daß auf Grund der Bestrebungen dieser Klasse Sie in Ihren Sondervorteilen Schaden erleiden könnten.

Nun zur Bemerkung des Herrn Abg. Müller (Brake), der sagt, daß es nicht angehen kann, daß ein Handwerksbursche und der Reichskanzler gleiches Recht haben sollen, wie es bei der Reichstagswahl aber der Fall sei. Dieser Vergleich ist so fadenscheinig, daß man sich über seine Anbringung sehr wundern muß. Denn soviel sollte doch Herr Abg. Müller (Brake) wissen, daß der Handwerksbursche ein Wahlrecht überhaupt nicht hat.

Ich halte mich ebenfalls für verpflichtet, noch einmal ausdrücklich festzustellen, daß Herr Abg. Gabben in seinen Ausführungen die Einführung des Pluralwahlrechts lediglich als eine Machfrage bezeichnet hat. Das heißt also, daß Macht vor Recht geht! Wenn das Ihr Grundsatz ist, seien Sie überzeugt, wir werden uns damit abzufinden wissen. Wenn Sie aber nicht wollen, was Herr Abg. Feigel befürchtet, daß nach Annahme des Pluralwahlrechts sich ein Sturm entfachen könnte, dann müssen Sie zur Ablehnung aller Anträge auf Pluralwahlrecht kommen.

**Präsident:** Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

**Abg. Müller:** M. H.! Herr Abg. Dursthoff hat meinen Hinweis auf das Wahlsystem der Handelskammer besonders im Wahlkreise Butjadingen damit abtun zu können geglaubt, daß er sagte, die Handelskammer dient nur Spezialinteressen. Das ist ja richtig. Aber, meine Herren, wir im oldenburgischen Landtag haben auch die besonderen Interessen unseres oldenburgischen Vaterlandes zu vertreten, und ich glaube, daß zur Beratung über diese Interessen die Mitwirkung von Industrie und Handel sehr notwendig ist. Wir entbehren diese Kreise hier im Landtag, und ich möchte wünschen, daß sie stärker hier vertreten wären. Das wird aber nicht möglich sein, wenn wir das gleiche, direkte Wahlrecht einführen und uns nicht durch das Pluralwahlrecht gegen eine Ueberflutung durch die Sozialdemokratie schützen.

Herr Abg. Voß hat dann geglaubt, meine Ausführungen über die Reichstagswahl bemängeln zu können. Ich gestehe selbstverständlich Herrn Abg. Voß das Recht zu, meine Stellungnahme zu bemängeln. Meine Ansicht wird aber dadurch nicht geändert. Daß das Reichstagswahlrecht sich nicht bewährt hat, sehen Sie daraus, daß es der größten Handelsstadt in Deutschland einfach unmöglich ist, einen Kaufmann in den Reichstag zu schicken.

Dann ist gesagt worden, wer liberal sei, müsse für das gleiche Wahlrecht eintreten. Ich halte diese Frage gar nicht für eine parteipolitische Sache, denn der Begriff „liberal“ stammt aus England. Man hat überhaupt das Wahlrecht früher nie mit dem Liberalismus in Verbindung gebracht. Die Auffassung, daß das Wahlrecht allgemein und gleich sein müsse, ist eine Forderung des Liberalismus in England gewesen. Daher ist die Behauptung nicht aufrecht zu erhalten, daß man, wenn man einen anderen Standpunkt

einnimmt, nicht mehr liberal sei. Das ist auch meine Antwort Herrn Abg. Hug gegenüber, wenn er sagt, daß ich seiner Zeit für die Wahl Trägers eingetreten bin und dies sich nicht mit meinen gestrigen Ausführungen verträgt. (Abg. Hug: Es gibt ja Grundsätze!) Sie können ja nachher reden, wenn ich fertig bin.

Herr Abg. Voß hat gesagt, mein Standpunkt sei ein Herrenstandpunkt. Das ist nicht der Fall. Ich lasse jedem Stande seine Vertretung. Aber ich bin der Ansicht, daß sich zur Vertretung der Industrie die Industriellen besser eignen als Fabrikarbeiter. Wir haben jetzt 4 Sozialdemokraten im Landtag. Und wenn noch 5 bis 6 hinzukommen, werden wir nichts anderes hören, als was wir jetzt von diesen 4 Herren zu hören bekommen. Die Sozialdemokratie ist doch keine Vertretung der Industrie!

**Präsident:** Herr Abg. v. Levegow hat das Wort.

**Abg. v. Levegow:** Leider muß ich noch auf persönliche Angriffe antworten, und da wird sich dann das rein Sachliche nicht allein herauslösen lassen. M. H.! Zunächst möchte ich Herrn Abg. Voß erwidern, der die Rudelsburger Versammlung ange schnitten hat. Ich habe in der Rudelsburger Versammlung gesagt, von liberaler Seite wäre mir berichtet worden, daß in der größten liberalen Versammlung in Gütin nur 50 Männer und 30 hysterische Weiber gewesen wären, und zwar ist diese Auskunft — das habe ich nachher gegenüber Herrn Reyersbach nochmals betont — mir wörtlich so gegeben worden. Ich habe sie nur wiederholt.

Dann hat Herr Abg. Voß gesagt, ich habe vor den Wahlen mich niemals gegen die Regierungsvorlage erklärt. Das ist unrichtig. Ich habe wiederholt, allerdings nicht unmittelbar vor der Wahl, aber selbst im vorigen Winter in Versammlungen mich gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Das muß Herrn Abg. Voß entgangen sein. Also konnten meine Wahlmänner durchaus nicht im Zweifel sein, daß ich gegen dies Wahlrecht stimmen würde. Das ist auch nicht der Fall gewesen, sondern man hat mich sogar gebeten, ich sollte alles tun, damit die Regierungsvorlage nicht Gesetz werde.

Wenn nun Herr Abg. Koch mir entgegenhält, daß ich ihn gewissermaßen unqualifizierbar hineingezogen hätte, so muß ich folgendes erklären. Es war die Rede von Fraktionsbildung, und es ist dann gesagt worden, daß die Agrarier und die Herren aus dem Münsterland zusammen gekommen wären und sich besprochen hätten. Da nun doch wiederholt ein einiges Zusammengehen von Liberalen und Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit ausgesprochen worden ist — ich erinnere an die Versammlung im Doodtschen Lokal, wo sogar Herr Abg. Koch selber als Redner auftrat; da hat Herr Lanzen (Heering) ausgesprochen, gegen die Agrarier müßten die Freisinnigen und die Sozialdemokraten zusammengehen —, da war es doch naheliegend, daß man vermuten konnte, daß auch hier Besprechungen stattgefunden hatten. Ich konnte das deshalb vermuten, weil ein Zusammengehen der beiden Parteien in dieser Frage selbstverständlich war. Es hat mir aber fern gelegen, Herrn Abg. Koch verletzten zu wollen. Wenn der eine Teil sich besprochen hat, warum soll dann der andere Teil sich nicht auch besprechen!

**Berichte.** XXXI. Landtag, 1. Versammlung.



**Präsident:** Herr Abg. Müller (Nuzhorn) hat das Wort.

**Abg. Müller:** M. H.! Aus meinem Verhalten sowohl gestern als auch heute werden Sie wohl ersehen haben, daß es ursprünglich gar nicht meine Absicht gewesen ist, zu dieser Sache zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß in unserm Lande schon vor Beginn dieser Verhandlung, schon vor Beginn der gestrigen Tagesordnung genügend über die Sache gesprochen und geschrieben worden ist, sodaß eine Aufklärung und Beeinflussung einzelner Abgeordneten kaum mehr stattfinden kann. Ich glaube, auch heute sollten wir mit dem Reden aufhören. Es ist genug geredet worden, laßt uns doch endlich mal Taten sehen! Ich komme mir sowohl gestern als auch heute manchmal so vor, wie es dem Kreuzritter vorgekommen ist, der nach dem Uhländschen Gedichte sich den Schild mit Pfeilen spicken ließ und dabei nur spöttisch um sich blickte. Ich muß in der Tat sagen, ich habe die meisten Ausführungen hier im Hause mit Vergnügen angehört. Andererseits will ich aber auch zu meiner Beschämung gestehen, daß ich einige Male hinausgegangen bin. Vor allem wenn Herr Kollege Uhlhorn (Osternburg) redet, findet sich ungefähr das ganze Haus draußen wieder. Dann habe auch ich im Vorzimmer mein Leibblatt außer Dienst, die „Nachrichten für Stadt und Land“, in die Hand genommen. (Heiterkeit.) Ich kann es nicht recht verstehen, warum man uns als so böse darstellt. In Wirklichkeit sind wir doch ganz nette Leute, und möchte ich nur wünschen, daß unsere Herren Gegner sich mal ein bißchen mehr mit uns anfreunden. Dann würden sie von uns schon eine andere Ansicht bekommen. Ich will durchaus nicht von mir selbst sprechen. Aber auch vom allgemeinen Gesichtspunkte betrachtet, meine ich, allein der Umstand, daß die Agrarier in Delmenhorst den Herrn Abg. Koch gewählt haben, ist doch ein Zeichen von großer Gutmütigkeit und Liebenswürdigkeit, eine Gutmütigkeit, die soweit ging, daß ich gar keinen Anstand nehme, sie als Dummheit zu bezeichnen. (Heiterkeit.) Eine Dummheit, die sich gestern und heute recht fühlbar machte. Es wäre mir lieber, wenn an Stelle des Herrn Abg. Koch ein anderer, zuverlässigerer Abgeordneter hier säße, mit dem wir nicht so viel zu kämpfen hätten. Wenn ich Herrn Koch richtig verstanden habe, so äußerte er einmal, er wolle nicht persönlich werden, aber — und da ging es los! Ich sage nun umgekehrt, ich will aber mal persönlich werden und habe Veranlassung genommen, das Wort zu nehmen wegen der Ausführungen des Herrn Abg. Voß, welcher mir vorwarf, daß ich den Stand der Lehrer in einer unqualifizierbaren Weise verunglimpft hätte, oder wie er sich wörtlich gerade ausgedrückt hat. Ich möchte Herrn Voß bitten, mir Beweise dafür zu schaffen, daß ich jemals den Stand der Lehrer angegriffen habe. Ich habe die höchste Meinung vom Lehrerstand, meine Herren, das möchte ich wiederholt zum Ausdruck bringen. Angegriffen habe ich ausschließlich eine gewisse Sorte von Lehrern, und dazu halte ich mich auch berechtigt. Wenn ein gewisser Teil der Lehrer sich so in die Deffentlichkeit hineindrängt und die Deffentlichkeit zu beeinflussen sucht nach dem Muster jenes unseligen Mannes, des Abg. Naumann, dann muß man mal endlich dagegen auftreten. Und ich glaube, ich habe dadurch eine Stimmung für mich

gewonnen, wofür ich nur dankbar sein kann und die mir zeigt, daß ich auf dem rechten Wege bin.

M. H.! Auch jener furchtbar laxen Auffassung, die in unserer bürgerlichen Gesellschaft leider vorhanden ist in Bezug auf ihr Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie, der bin ich scharf gegenüber getreten, und werde das auch in Zukunft in schärfster Weise tun. Wo ich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft im Oldenburger Lande ein derartiges Verhalten finde, werde ich es an den Pranger stellen. Alles andere kann man dulden, aber ein solches Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist ein Verhalten, welches geradezu verdammt werden muß.

M. H.! Wir haben allerdings ein außerordentlich großes Schuldkonto auf uns geladen, indem wir die Pluralwahlrechtsanträge auf uns genommen haben, und ich bin gewiß einer von denen, die am meisten schuldbeladen sind. Unser Grundgedanke ist aber der, daß wir unser Staatswesen auch in ferner Zukunft erhalten wollen, daß wir die Monarchie stützen wollen, die mit diesem freisinnig gearteten Wahlgesetz in der größten Gefahr ist, in absehbarer Zeit vernichtet zu werden. („Bravo!“ — „Hurra!“ bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident:** Herr Abg. Uhlhorn (Osternburg) hat das Wort.

**Abg. Uhlhorn:** Ich möchte nur Herrn Abg. Hug gegenüber feststellen, daß seine Darstellungen gestern falsch waren. Er wird das durch das unforgirierte Stenogramm bestätigt finden.

Dann ist als zweiter Redner gegen mich aufgetreten Herr Abg. Heitmann, gewissermaßen als Sittenrichter, indem er mir Vorschriften macht, was ich zu tun und zu lassen hätte. Er hat sich erkühnt, er wolle feststellen, daß ich von den Sozialdemokraten gewählt wäre. Ich konstatiere, daß er nichts bewiesen hat, denn die Wahl ist eine geheime gewesen. Den Worten der Herren Sozialdemokraten schenke ich noch lange nicht immer Glauben, wenn sie sagen, wir wollen das und das tun und das und das nicht tun. Er sagt ferner, ich wäre von den Sozialdemokraten gewissermaßen aufgestellt. (Zwischenruf: Aufgestellt?) Tatjache ist aber — und das ist mir von ehrenwerten Männern gesagt worden — daß ich aufgestellt bin von den Wahlmännern der Stadt Oldenburg und der Gemeinde Wiefelstede. Und als die mich fragten, ob ich eventuell eine Wahl annehmen würde, wenn sie mich aufstellten, da habe ich mich bereit erklärt. Aber daß ein Sozialdemokrat mich wählen wollte, das wußte ich nicht.

Dann hat Herr Abg. Müller (Nuzhorn) sich zuletzt noch mit meiner Person beschäftigt, ohne daß ich ihm Veranlassung dazu gegeben habe. Er sagt, er sei auch wohl mal hinausgegangen, namentlich wenn ich spreche. Ich würde ihm sehr dankbar sein, wenn er mich jedesmal, wenn ich spreche, von seiner Gegenwart befreien wollte. Er hat dann wieder den bekannten Ton angeschlagen gegen die Lehrer. Ich habe gewissermaßen einen Ekel davor, auf derartige Sachen einzugehen hier im Hause, denn die Presse hat sich dieser Sachen so gründlich angenommen, daß es mir widersteht, darauf hier einzeln zu antworten. Er sagt, er habe den Stand der Lehrer nicht angegriffen. Nun,

meine Herren, ich verweise Sie auf die vielen Zeitungsartikel, die er geschrieben hat gegen den Stand der Lehrer. Er hat viele mit Namen genannt, die ihm nie zu nahe getreten sind. Weshalb, das gibt er nicht an. Er sagt in der Regel, wegen ihrer politischen Gesinnung. Wir sehen ihn aber als politischen Musterknaben nicht an. (Zuruf: Das sind Sie! — Heiterkeit.)

**Präsident:** Herr Abg. Westendorf hat das Wort.

**Abg. Westendorf:** Es ist schon soeben erledigt, weshalb ich ums Wort gebeten habe. Ich wollte nur zurückweisen den scharfen Schuß, den Herr Abg. Voß gegen die Katholiken abgab, indem er erklärte, daß sie vielleicht während der heiligen Messe sich mit politischen Sachen beschäftigten. (Zuruf: Vor!) Vor der heiligen Messe. Ich glaube nicht, daß Herr Abg. Voß dadurch erreicht hat, sich hier Freunde zu erwerben, sondern das Gegenteil wird der Fall sein. Denn ich meine, daß die meisten katholischen Abgeordneten ebenso gute Kollegen sind wie die Abgeordneten, die sich zu einer anderen Religion bekennen.

**Präsident:** Herr Abg. Koch hat das Wort.

**Abg. Koch:** Es tut mir leid, daß ich Sie noch mit persönlichen Sachen belästigen muß, aber Herr Abg. Müller (Nuzhorn) hat mich dazu gezwungen. Herr Müller (Nuzhorn) hat darauf hingewiesen, daß ich von den Agrariern gewählt sei. Gewählt worden bin ich von den sämtlichen Wahlmännern von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten. Nur die allerextremsten Sozialdemokraten und Agrarier haben mich nicht gewählt. Also kann ich Herrn Müller (Nuzhorn) keine Dankbarkeit dafür schulden, daß seine Gesinnungsgenossen mich mit gewählt haben, sondern dem gesunden Sinn der Landbevölkerung, die trotz der Agitation des Herrn Abg. Müller (Nuzhorn) es für richtig gehalten haben, mich zu wählen. Herr Müller (Nuzhorn) wollte mich nur unter der Bedingung wählen, daß ich in der Schulfrage den Standpunkt des Zentrums einnehme. Dafür aber war ich nicht zu haben. Es liegt für mich ebensowenig Veranlassung vor, agrarische Anschauungen zu vertreten wie sozialdemokratische.

**Präsident:** Herr Abg. Enneking hat das Wort.

**Abg. Enneking:** M. H.! Herr Abg. Voß hat hingewiesen auf den Zusammenschluß der Zentrumsfraktion. Es ist eigentlich nicht der Mühe wert, darauf zu erwidern. Es scheint mir nur Neid zu sein. Er fühlt sich vielleicht in einer etwas isolierten Stellung. Herr Abg. Voß, ich kann Ihnen nur versichern, daß, wenn wir aus dem Süden zusammengehen, daß es sich dann um die einheitlichen Verhältnisse unserer Gegend handelt, die selbstredend bei sachlicher Behandlung ein derartiges Zusammengehen mit sich bringen. Auf keinerlei Nebeninteressen und Parteizwang haben wir Rücksicht zu nehmen.

Dann hat Herr Abg. Dursthoff gestern darauf hingewiesen, daß im vorigen Jahre verschiedene Abgeordnete für den Entwurf des Gesetzes gestimmt haben. Ich bin auch einer von denjenigen, die in diesem Jahre anderer Ansicht sind. M. H.! Warum auch nicht! Wenn man sich eines besseren überzeugt, dann hat man die Verpflichtung, dazu überzugehen und namentlich bei einer so wichtigen

Sache, wo durch Gesetz vorgesehen ist, daß zwei Landtage darüber beschließen müssen. Es ist gerade dazu gegeben, daß man sich mit Ruhe überlegen soll, ob man das Richtige getroffen hat. Ich bin nun zu einer anderen besseren Ansicht gelangt und will deshalb heute auch für das Pluralwahlrecht stimmen.

Dann hat Herr Abg. Dursthoff noch hingewiesen auf ein Kompromiß in Verbindung mit dem Schulgesetz. Ja, mein lieber Herr Kollege, ich glaube, von seiten des Münsterlandes ist keine Anregung für die Schaffung eines neuen Schulgesetzes ausgegangen noch auch liegt kein Kompromiß vor. Wir haben auch ganz wenig Interesse daran, daß ein neues Schulgesetz zustande kommt. Das alte genügt uns vollständig. Wir sind sehr damit zufrieden, wenn das alte Schulgesetz nur lange bleibt.

Dann ist auch stark kritisiert worden, daß Herr Abg. Haben von einem „Machtgesetz“ gesprochen hat. Ja, m. H., haben Sie selbst nicht auch schon bei derartigen Gesetzen mitgewirkt? Wenn nicht alle für ein Gesetz sind, dann kann die Minorität immer von einem „Machtgesetz“ reden. Wo sollte das aber hinaus? Es ist doch allgemein Gebrauch, daß bei Meinungsverschiedenheiten fast auf allen derartigen Gebieten die Mehrheit entscheidet und dieser Brauch wird bleiben, so lange die Welt besteht.

**Präsident:** Herr Abg. Voß hat das Wort.

**Abg. Voß:** M. H.! Herr Abg. Westendorf wollte sich auch mal bemerkbar machen. Ich habe aber gefunden, daß es ihm vollständig vorbeigelungen ist. Weshalb entrüsteten Sie sich eigentlich? Trotzdem der Herr Präsident schon richtig gestellt hatte, daß ich Sie absolut nicht in Ihren Gefühlen verletzt hätte, glaubte Herr Abg. Westendorf doch, noch einmal auf die Sache zurückkommen zu müssen. Er wollte sich eben eine gute Gelegenheit nicht entgehen lassen. Ich habe tatsächlich nur gesagt, daß Sie sich vor der Messe besprechen könnten, was auch ja ganz selbstverständlich ist. (Unwahr!) Das ist doch früher so gewesen, Herr Abg. Driver! Warum wollen Sie das bestreiten, wenn es doch wahr ist? Daß Sie Besprechungen haben, hat mir mein Freund, Herr Abg. Enneking, doch gesagt! (Unwahr! Vor der Messe!) Aber Sie machen Ihre Zwischenrufe, um Verwirrung anzurichten und mich zu reizen! Und Sie, Herr Abg. Driver, sind der Schlimmste in dieser Beziehung. Ihre ganze Persönlichkeit wirkt aufreizend. Ich muß mit Entrüstung zurückweisen, daß man mir unterstellt, ich hätte die Messe profaniert. Sie schießen mit Kanonen nach Späßen, wenn Sie das behaupten. Damit wollen Sie auch nur Eindruck machen und Ihre faule Sache stützen. Ich fühlte mich übrigens absolut nicht isoliert, Herr Abg. Enneking. Ich habe wohl mehr Freunde als Sie, vielleicht weil ich in anderer Weise kämpfe als Sie und nicht so weit übers Ziel hinauschieße. Wenn man aber in so persönlicher Weise angegriffen wird, wie es jetzt geschieht, namentlich von Herrn Abg. Müller (Nuzhorn), dann hat man die Verpflichtung, sich seiner Haut zu wehren, und das werde ich immer tun. Dabei wird sich zeigen, daß ich nicht allein stehe, sondern daß mir eine ganze Reihe von Mitkämpfern entsteht, die eine Klinge führen, die mit bedeutend größerer Logik geschliffen ist, als diejenige des Herrn

Abg. Müller (Nuzhorn). Ich begreife nicht, woher Herr Müller (Nuzhorn) den Mut hat, jetzt zu behaupten, daß er den Lehrerstand nicht angegriffen hätte. Man braucht doch nur seine Zeitungsartikel anzusehen — man muß sie allerdings mit einem Frachtwagen herbeifahren —, um Beweise in Fülle zu haben. Aber mit Logik ist er nicht besonders stark ausgerüstet. Er widerspricht im nächsten Satze dem, was er im vorigen ausgesprochen hat. Beispiele dafür könnte ich genug anführen. Ich will mich aber nicht weiter mit diesen Sachen aufhalten, denn die Angriffe des Herrn Abg. Müller (Nuzhorn) sind nachgerade so lächerlich und geringfügig geworden, daß man sich etwas vergibt, wenn man überhaupt darauf eingeht.

Ihnen, Herr Abg. v. Levezow, Ihnen habe ich allerdings bis dahin anders gegenüber gestanden. Sie hatten sich bis dahin nicht in der Weise des Abg. Müller (Nuzhorn) an dem Kampfe gegen die Lehrer beteiligt, wie überhaupt Ihre ganze Art vornehmer ist. Aber dann müssen Sie doch zugeben, daß es nicht recht war, in jener Versammlung in der „Rudelsburg“ eine solche an sich vollständig falsche Behauptung über die liberale Versammlung in Gutin aufzustellen, wie ich sie vorhin zitiert habe. Wir hatten fast 400 Personen in der Versammlung, und Sie sind auf das Geslunker hineingefallen, daß nur „50 Männer und 30 hysterische Weiber“ anwesend gewesen seien! Uebri-gens entschuldigt jener Brief Sie nicht. Ich habe Sie auch für viel zu hochstehend gehalten, als daß Sie eine solche Äußerung, die eine schwere Beleidigung enthält, auch nur wiederholend in den Mund genommen hätten. Und ich würde mich freuen, wenn Sie erklären würden, daß es Ihnen leid täte, eine solche Beleidigung der bürgerlichen Damen ausgesprochen zu haben. Dadurch würden Sie in meinen Augen rehabilitiert. (Ruf: Schluß!) Regen Sie sich nicht auf. Ich wollte damit schließen.

**Präsident:** Herr Abg. Heitmann hat das Wort.

Abg. Heitmann: Herr Abg. Ahlhorn hat es sich äußerst bequem gemacht, um die Einlösung seines Versprechens, sein Mandat niederzulegen, wenn wir ihm bewiesen, daß er durch uns gewählt sei, herumzukommen. Er sagt lediglich, unseren Worten schenke er keinen Glauben. Nun, ich habe Herrn Abg. Ahlhorn die Möglichkeit gegeben, die Richtigkeit meiner Behauptung nachzuprüfen durch die Feststellung der Stimmverhältnisse. Das sind lediglich leere Ausflüchte, wenn er jetzt sagt, er schenke unseren Ausführungen keinen Glauben. Nein, es tut ihm jetzt leid, gesagt zu haben, er wolle sein Mandat niederlegen, wenn wir die Richtigkeit, durch uns gewählt zu sein, beweisen. Dann hat er weiter gesagt, ich hätte behauptet, wir hätten ihn als Landtagskandidaten aufgestellt. Ein solcher Hörfehler kann nur Herrn Abg. Ahlhorn passieren.

**Präsident:** Herr Abg. Ahlhorn hat das Wort zum drittenmal mit Genehmigung des Landtags.

Abg. Ahlhorn (Osternburg): Ein paar Worte gegenüber Herrn Abg. Heitmann. Herr Heitmann hat mir empfohlen, ich sollte nachprüfen. Ich kann nichts nachprüfen, was mir nicht vorgelegt ist. Herr Heitmann behauptet aber immer, daß ich durch die Sozialdemokraten gewählt bin. Ich glaube, er ist dazu nicht in der Lage, den Beweis zu

liefern, daß die Sozialdemokraten mich gewählt haben. Aber auf Grund des Stimmverhältnisses könnte ich es schon feststellen, meint er. Nein, das ist überhaupt unmöglich. Denn wenn Sie vorher sagen, wir wollen das und das tun, dann ist das mir vollständig unsicher, denn Ihren Versprechungen und Ihren Aussagen traue ich nicht über den Weg. Also einen tatsächlichen Beweis müssen Sie mir liefern, daß die Sozialdemokraten mich gewählt haben. Ihr Wort genügt mir nicht. Und wenn Sie den Beweis gebracht haben, dann verspreche ich, Ihnen die Freude zu machen, mein Mandat niederzulegen.

**Präsident:** Herr Abg. v. Fricke hat das Wort.

Abg. v. Fricke: M. H.! Der Herr Präsident hat vorhin konstatiert, daß Herr Abg. Boß die katholische Messe nicht profaniert habe, und Herr Boß hat auch selbst gesagt, daß er das nicht gewollt hätte. Ich freue mich, daß er dies konstatiert hat. Aber ich habe aus der ganzen unmotivierten Art und Weise, wie die katholische Messe hereingezogen wurde, schließen zu müssen geglaubt, daß hier eine Profanierung der katholischen Messe beabsichtigt sei. Und ich glaube, wenn Richter darüber zu befinden hätten, die würden auch zu der Auffassung gekommen sein.

**Präsident:** Das Wort ist nicht weiter verlangt. Ich schließe die Beratung und gebe dem Herrn Berichterstatter der Minderheit Abg. Habben das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Habben: M. H.! Ich hätte Anlaß gehabt, schon in die Debatte einzugreifen, wollte diese aber nicht verlängern und hatte dabei den Trost, als Berichterstatter der Minderheit das Schlußwort zu haben.

Nun will ich von vornherein bemerken, daß ich alle Gehässigkeit und alle Angriffe zu vermeiden suchen werde, weil meine Gegner nicht zu antworten in der Lage sind. Aber ich kann nicht umhin, einige Äußerungen der Herren Redner einer kurzen Revue zu unterziehen. M. H.! Man hat sich gestern in ausgiebiger Weise mit meinem Minderheitsbericht beschäftigt. Ich bin in meiner Achtung tatsächlich dadurch gestiegen. Man hat sich mit Eifer und Energie immer wieder auf den Standpunkt gestellt, der Bericht wäre eigentlich eine Null. Und doch hat man ihn so energisch bekämpft. Das ist ein Mangel an Logik — dies möchte ich namentlich Herrn Abg. Boß gegenüber betonen — denn man ignoriert doch eine Null und quält sich nicht stundenlang damit herum.

Herr Abg. Boß hat dann von Phrasen gesprochen in meinem Bericht. Ja, m. H., der Begriff „Phrase“ ist sehr weit. Herr Boß hat zum Beispiel geredet vom „gleichen Recht für alle“. Ich glaube, ich habe es schon mal gehört, das Wort! Das kommt mir auch etwas sehr phrasenhaft und abgeleiert vor. Ich glaube, Herr Boß versteht nicht den Unterschied zwischen staatsbürgerlicher Gleichheit und staatsrechtlicher Gleichheit. Die staatsbürgerliche Gleichheit ist uns gewährleistet durch die Zivil- und Strafgesetze. Aber die staatsrechtliche Gleichheit, das heißt, das Recht auf Teilnahme am Staat, das wird vergeben im Interesse des Staats, und das muß vergeben werden nach dem Bedarf und dem Bedürfnis des Gemeinwohls. Es scheint eine schiefe Auffassung zu herrschen bei vielen Abgeordneten, die anscheinend glauben, die größte Heiligkeit eines Wahlgesetzes bestehe darin, daß jeder genau ein gewisses Portionchen von

Wahlrecht zugezirkelt erhält. Nein, m. H., die höchste Aufgabe eines Wahlgesetzes besteht darin, einen Wahlkörper zu schaffen, wie er dem Gemeinwohl entspricht. Und wenn man wirklich im Interesse des Staats dahin kommt, einige Veränderungen vorzunehmen in dem Punkt, daß man demjenigen, der sich verdient macht um den Staat, der dauernd die Verantwortung für die Erhaltung desselben zu tragen hat, einige Rechte mehr gibt als dem, der für den Staat gar nichts tut, dann ist das keine Entrechtung. Nein, das ist geschehen im Interesse des Staates, und das muß derjenige tun, der den Staat erhalten will.

Ich komme nun zu Herrn Abg. Ahlhorn. In einem Punkte hat ihn bereits Herr Abg. Hug abgetan, in Bezug auf die fünfjährige Karenzzeit. Er hat außerordentlich mutvoll getan gegenüber der Sozialdemokratie, aber es ist kein Zeichen von großem Mut und Selbstvertrauen diese vom Abg. Ahlhorn gewollte fünfjährige Karenzzeit. Er hat dann weiter gesagt — und das klingt ähnlich so, als dasjenige, was z. B. Herr Tanzen (Heering) in Odewecht gesagt hat —: „Allerdings, sie (die Sozialdemokratie) muß bekämpft und besiegt werden, aber nicht durch äußerliche Mittel, sondern durch geistige Waffen und durch Ueberzeugen!“ Ja, das klingt nicht übel, ich muß dann aber dringend bitten, daß die Herren freisinnigen Parteiführer es gefälligt nicht bei den Worten lassen, sondern in die Versammlungen steigen, um die Herren Sozialdemokraten zum Besseren zu überzeugen. Herr Abg. Ahlhorn hat gestern das Arsenal seiner geistigen Waffen geöffnet und hat diese gezückt nach den Sozialdemokraten. Aber seine Waffen scheinen mir etwas stumpf zu sein, jedenfalls haben sie nichts genützt. Die Herren sind noch alle 4 hier und nicht auseinanderüberzeugt. Es ist eine wunderschöne Idee, mit geistigen Waffen kämpfen. Ja, wer hat nicht schon zu überzeugen versucht! Ich nenne einige Namen: Reichskanzler Fürst Bismarck, Eugen Richter, v. Kardorff, die sind alle schon unter dem grünen Rasen. Sie haben sich Zeit ihres Lebens bemüht, die Sozialdemokraten zu überzeugen. Ebenso unser jetziger Reichskanzler Fürst Bülow. Ich empfehle Ihnen, die Schriften desselben zu lesen, dieselben sind im Buchhandel käuflich. Was haben die Genannten für einen Erfolg erzielt? Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist von ca. 100 000 im Jahre 1871 angewachsen auf 3 260 000 Stimmen im Jahre 1905. Auch alle Wohlfahrtsgesetze, die uns noch keine Nation der Welt nachgemacht hat, haben garnichts genützt.

M. H.! Ich komme nun zu dem Wort „Entrechtung“ und möchte das des näheren klar stellen. In dem Punkte muß ich auch gegenüber Herrn Abg. Koch eine Bemerkung machen, mit aller Schonung, denn dieser mein Gönner und Kollege ist zu mir immer sehr nett und konzilient gewesen. Ich will ihn also nicht verletzen. Er hat es auch nicht mitgemacht und ich auch ihm gegenüber nicht, nämlich die Berichterstatter haftbar zu machen, für alles, was im Ausschuß geschehen ist. So etwa ist es ja mir ergangen. Das Wort „Entrechtung“ uns gegenüber angewandt hat in mir einen gerechten Zorn erregt. An Entrechtung denken wir gar nicht. Wir wollen nur andeutungsweise denjenigen Staatsbürgern ein etwas vermehrtes Stimmrecht zuwenden, die in erster Linie die Verantwortung für die Staatserhal-

tung zu tragen haben. Aber selbst wenn der Ausdruck Entrechtung in diesem Falle eine gewisse Berechtigung hätte — was ich bestreite — so wäre das ganz und gar nichts Neues. Was haben wir nämlich nicht alles schon geleistet in „Entrechtung“. Ich verweise auf das Jahr 1848. Wie hat man da entrechtet im Interesse der Allgemeinheit! Wie hat man entrechtet auch in den neuesten Tagen! Und da muß ich nunmehr Herrn Abg. Koch als Zeugen anrufen. Er war sofort bereit, die Kirchengemeinden zu entrechteten und die Schulachten und die politischen Gemeinden. Und Sie waren alle in Uebereinstimmung, daß wir den Grafen Galen entrechteten wollten und die Stadt Oldenburg. Mit Ihrer gegenwärtigen Entrechtungsentrüstung gerieren Sie sich doch ein wenig als Pharisäer! So ist es ja doch!

M. H.! Es hat sodann von den Herren von der Sozialdemokratie unter anderen Herr Abg. Schulz gesagt: „M. H.! Wir werden aus ihrem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie geistige Kraft schöpfen.“ Ja, m. H., das ist doch eine recht leere Rede, denn diese „geistige Kraft“ finden Sie bei Ihrem redlichen Willen überall. Diese geistige Kraft pflegen Sie zu saugen aus jedem Anlaß, indem man Vorkommnisse und Einrichtungen im bürgerlichen Leben, resp. im bürgerlichen Staat, verallgemeinert. Diese geistige Kraft hat man seinerzeit angeblich gefogon aus dem Sozialistengesetz. Damals wurde immer das Sozialistengesetz für das Anwachsen der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. (Ich bin nie ein Schwärmer dafür gewesen.) Aber wenn damals auch von den Freisinnigen behauptet wurde: „Darin ist das Anwachsen der Sozialdemokratie begründet“, so war das ein ungeheurer Irrtum. Die Sozialdemokratie ist angewachsen durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Das beweist, daß sie dann angefangen ist, groß zu werden, als im Jahre 1871 das gleiche Wahlrecht im Reiche eingeführt wurde. Das Sozialistengesetz ist 1891 unter den Tisch geworfen, und leider haben wir unseren großen eisernen Kanzler gleichzeitig beseitigt. Aber was hat die Beseitigung des Sozialistengesetzes genützt? Damals, 1891, hatten wir 1 400 000 sozialdemokratische Stimmen und nachher im Jahre 1905 3 260 000. Also das hat gar nichts damit zu tun. Ich bin der Anschauung, sie (die Sozialdemokraten) nehmen überall Veranlassung her zu agitieren, um eben die Macht zu erringen, gegen die wir uns wehren müssen.

M. H.! Herr Abg. Heitmann — ich glaube, er war es — hat eine Aeußerung gemacht, auf die ich mit ein paar Worten eingehe. Er hat unserer Richtung gegenüber ins Treffen geführt das Wort „Macht ausbeuten“. Ich habe vorhin schon erklärt, worin die Entfaltung der Macht beruht. Ich gebe offen zu, es ist eine Machtfrage die Entscheidung über das Wahlgesetz. Jede Wahl im Reich ist eine Machtfrage. Aber die Mittel, die man gebraucht, um die Macht zu erringen, darin liegt doch ein ungeheurer Unterschied. Und gerade dadurch, daß Sie in der Wahl der Mittel niemals wählerisch gewesen sind, haben Sie den Widerstand der bürgerlichen Wähler aufs äußerste herausgefordert. Ich möchte nicht gehässig werden, aber ich muß Sie doch verweisen auf die Wahlvorgänge in Nixdorf und Berlin. (Zuruf des Abg. Hug.) Herr Hug, Sie sind immer ein sachlicher Kämpfer gewesen und haben nie versucht, Ihre Gegner persönlich herabzusetzen, das will ich Ihnen gern

zugestehen. Aber ich bemerke nur, mögen Sie persönlich auch noch so loyal und gemäßigt denken, in dem Moment, wo Sie die Mehrheit kriegen, daß Sie dann die Massen nicht mehr in der Hand haben, daß Sie dann nicht mehr der Führer, sondern der Geführte sind.

Das gleiche Wahlrecht führt zur Massenherrschaft. Es führt dazu, daß wir an die Stelle der Qualität die Quantität setzen. Und darum muß ich Sie bitten, treten Sie dem bei, was wir Ihnen vorgeschlagen haben! Helfen Sie, das Pluralwahlrecht durchzubringen! Es ist dasjenige Wahlrecht, was auch noch einmal das deutsche Reich wird retten müssen. Davon bin ich überzeugt. Und ich bin überzeugt, wenn es gelingen wird, ein Gesetz durchzubringen im Sinne der Minderheitsanträge, dann dienen Sie damit dem Wohl unseres lieben oldenburgischen Vaterlandes. (Bravo!)

**Präsident:** Der Berichterstatter der Mehrheit, Herr Abg. Koch, hat das Schlußwort.

Abg. Koch: M. H.! Ich will nicht in den Fehler meines Mitberichterstatters verfallen, der uns zu Anfang der Rede versicherte, daß man nicht gehässig oder persönlich werden solle, und doch den Gegnern Mangel an Logik und Philistertum vorgeworfen hat. Ich halte das nicht für nötig und ich möchte es auch nicht für nötig halten, noch einmal zu sprechen, wenn mir nicht das eine Wort „staats-erhaltend“ Veranlassung zu ein paar Worten gebe. Herr Abg. Habben hat an die Spitze seiner Ausführungen den Grundsatz gestellt, daß ein Wahlgesetz geschaffen werden müsse, wie es den Interessen um den Staat entspreche. Ganz gewiß ist das der oberste Grundsatz und den wollen wir alle befolgen. Aber, m. H., verwechseln wir nicht die Interessen einzelner Stände oder Gruppen mit den Gesamtinteressen des Staates. Wenn wir den Fehler nicht begehen wollen, werden Sie mir zugeben müssen, daß das gegenwärtige Staatswesen aufgebaut ist zum großen Teile auf dem Grundsatz des gleichen Wahlrechts und deshalb haben wir uns nicht so leicht entschließen können, an diesem Grundsatz bei dieser Gelegenheit zu rütteln. Wir haben in unserem Staatswesen das Wahlrecht, das auf diesem demokratischen Grundsatz aufgebaut ist, nicht nur bei dem Wahlrecht zum Landtage, sondern andere Staatsinstitutionen schließen sich an. Ich darf erinnern an die Gemeinderatswahl, wo jedem Gemeindeglieder ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht zugestanden ist. Als ich gestern dieses Wahlrechts Erwähnung tat, da haben die Herren Abg. Müller (Ruhhorn) und Levezow erwidert, es muß abgeändert werden. M. H.! Das sind die Konsequenzen, die ich fürchte. Ich fürchte, daß es hierbei nicht bleiben wird, daß Staatsregierung und Landtag, wenn sie einmal nach dieser Richtung die Grundfesten unsres Staatswesens geändert haben, genötigt sein werden, weiter zu ändern. Ein Landtag, der nach dem Pluralwahlrecht gewählt ist, wird Anträgen, für die Gemeindeglieder dieses Wahlrecht einzuführen, nicht ablehnend gegenüberstehen können. Und einem solchen Antrage wird auf die Dauer die Staatsregierung ihre Genehmigung nicht versagen können. Ich fürchte nicht nur diese eine Gefahr, ich fürchte, daß wir nach jeder Richtung Zustände bekommen, die den bisherigen nicht entsprechen. Ich fürchte, daß, wenn wir auf diesen Weg gedrängt werden,

wir genötigt wären, weiter und weiter zu wandern und bei ähnlichen Verhältnissen angelangen, wie sie größere benachbarte norddeutsche Staaten haben. Das ist die große Befürchtung, die wir im Augenblicke hegen müssen und warum wir wünschen müssen, daß in einem wahrhaft staats-erhaltenden Sinne diese Anträge nicht zur Verabschiedung gelangen.

Es ist schon darauf hingewiesen und ich will es nochmals betonen, daß man vor der Wahl über derartige Anträge nichts gesagt hat. Die sind erst in die Erörterung geworfen, nachdem die Wahl zum Landtage vor sich gegangen war. Die Bestimmung des Staatsgrundgesetzes, die wahrhaft staats-erhaltende Bestimmung, daß 2 Landtage nacheinander über eine Verfassungsänderung beschließen sollen, hat doch den Zweck, daß die Wähler zwischen beiden Landtagen sich darüber äußern können, ob sie mit dem Beschlusse des Landtages tatsächlich einverstanden sind. Das geht aus den damaligen Erörterungen bei Erlass des Staatsgrundgesetzes außerordentlich klar hervor und ich behaupte nach wie vor, daß diese Bestimmung deswegen nicht in Wirksamkeit getreten ist, weil die Wähler, tatsächlich von einem kleinen Teile abgesehen, nirgends gewußt haben, daß irgend ein Versuch gemacht würde, das gleiche Wahlrecht, das bisher im Großherzogtume bestand, abzuschaffen. Ich möchte deshalb den Wunsch hegen, daß derartige Anträge, die im Widerspruche mit der staats-erhaltenden Bestimmung des Staatsgrundgesetzes stehen, nicht angenommen werden. Dabei glauben wir im besseren Sinne staats-erhaltend zu sein, als diejenigen, die dieses Wort gern und häufig im Munde führen.

**Präsident:** Herr Abg. von Levezow hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. von Levezow: M. H.! Wenn Herr Abg. Voß die Angelegenheit vorher mit mir besprochen hätte, würde ich selbstverständlich sofort gesagt haben, wenn er erklärt, daß in der Cutiner Versammlung 400 Männer, darunter nur bürgerliche Damen waren, so nehme ich das als richtig an, da ich gar keinen Grund habe, an der Wahrheitsliebe des Herrn Abg. Voß zu zweifeln. Ich möchte feststellen, daß ich in der Versammlung in der Rudelsburg nur zitiert habe, was mir von liberaler Seite gesagt ist.

**Präsident:** Herr Abg. Voß hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Voß: Ich will nur bemerken, daß ich keine Veranlassung hatte, mit Herrn Abg. v. Levezow wegen der Versammlung in Cutin zu sprechen, daß aber m. E. Herr Abg. v. Levezow gezwungen war, sich bei mir zu informieren, wenn er solche Behauptungen aufstellen wollte. Im übrigen freue ich mich, daß Herr Abg. v. Levezow eine so anständige Gesinnung bekundet und die falsche Behauptung und die Beleidigung der Damen zurückgenommen hat.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst ab über den Antrag 1. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag 1 des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

Es folgt Antrag 2 des Ausschusses, ein Antrag der Minderheit, des Abgeordneten Schulz:

1. im § 2 werden die Worte „männlichen Geschlechts“ durch die Worte „ohne Unterschied des Geschlechts“ ersetzt.
2. Das Wort „25.“ wird durch das Wort „21.“ ersetzt.
3. Die Worte „3 Jahren“ werden durch die Worte „einem Jahre“ ersetzt.

Es folgt der Antrag 3 derselben Minderheit:

Annahme des § 2 mit den zu Antrag 2 beantragten Änderungen.

Die Mehrheit beantragt dagegen im Antrage 4:

Ablehnung der Anträge 2 und 3 des Abgeordneten Schulz.

Sch eröffne die Beratung über diese Anträge 2, 3 und 4 und zum § 2 und gebe das Wort Herrn Abg. Schulz.

Abg. **Schulz:** M. H.! Ich befinde mich ja insofern in einer recht unangenehmen Lage, als ich hier bei dem Antrage 2 für eine Sache sprechen muß, von der ich von vornherein weiß, daß es sich um eine verlorene Sache handelt. Dessenungeachtet kann ich mir aber nicht versagen, trotzdem einige Ausführungen zu diesen Anträgen einedenk des wichtigen Inhalts, den ich der Sache gebe, zu machen. M. H.! Der Herr Abg. Ahlhorn, das enfant terrible der Liberalen, hat ja geglaubt, das innere Bedürfnis verichten zu müssen, hier auf den Sozialdemokraten weiblich herumzureiten. M. H.! Herr Abg. Ahlhorn als Schrecken — —

**Präsident:** Herr Abg. Schulz, es wird mir gesagt, Sie hätten von Herrn Abg. Ahlhorn als „enfant terrible“ der Liberalen gesprochen. Ich glaube, dieser Ausdruck ist kaum parlamentarisch.

Abg. **Schulz:** Ich habe nur etwas wiederholt, was gestern, ohne daß die Glocke des Präsidenten ertönte, gesagt ist.

**Präsident:** Dann muß ich bemerken, daß ich auf all die Zwischenrufe, die in der Ecke besonders groß waren, nicht hören konnte.

Abg. **Schulz:** Ich will das nicht bestreiten. (Das weitere ist nicht verständlich. Herr Abg. Schulz wiederholt die gemachte Äußerung dem Sinne nach).

**Präsident:** Herr Abgeordneter, ich rufe Sie wegen dieser wiederholten Äußerung zur Ordnung.

Abg. **Schulz:** M. H.! Ich wollte mit meiner Äußerung nur sagen, daß wir diese Debatte, die sich auf einem sehr niedrigen Niveau bewegte, auf diesem Wege nicht fortsetzen können. M. H.! Sie werden mir auch das Zeugnis geben, daß ich, trotzdem ich im Verwaltungsausschusse an dem Gesetzentwurfe mitgearbeitet habe, bei den Anträgen mir möglichst Beschränkung in der Rede auferlegt habe, um nicht dadurch immer wieder den Vorwurf zu erwecken, als hielten meine Freunde und ich die Debatte unnötig auf. M. H.! Sie sehen, daß wir im Antrage 2 die Uebertragung des Wahlrechts auch an die Frauen fordern und es ist nicht unsere Schuld, wenn nun der Weg hierzu dadurch verammelt ist, daß der Landtag im vorigen Dezember die Annahme der Aenderung des Staatsgrundgesetzes in 2. Lesung beschlossen hat. M. H.! Gerade der von uns eingebrachte Antrag beweist Ihnen auch, daß Sie keine Veranlassung und kein Recht haben, gegenüber der

Regierungsvorlage und den Mehrheitsanträgen von einem allgemeinen gleichen Wahlrechte zu reden. M. H.! So lange Sie dem Weibe, daß Sie in Reden und Gedichten als die Krone der Schöpfung anhimmeln, sein ganz selbstverständliches politisches Recht verweigern, solange darf man nicht in demselben Atemzuge von gleichen staatsbürgerlichen Rechten sprechen. M. H.! Ich will nicht des Näheren diese Forderung des Frauenwahlrechts begründen, ich habe das im Vorjahre ausführlich getan. Wir waren ja bei der Einbringung dieser Anträge im Vorjahre uns vollständig allein überlassen, mit ganz wenigen Ausnahmen. Umso mehr wird es nicht zweckmäßig sein, große Ausführungen über diese Anträge zu machen. M. H.! Ich will trotzdem nicht hoffen, daß Sie sich nun dieser Forderung gegenüber ablehnend verhalten nach dem Sprichworte: Was du in der Minute hast versäumt, bringt keine Ewigkeit zurück! Im Gegenteile, m. H., ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, im Interesse der allgemeinen Emanzipation des Menschengeschlechtes, im Interesse der Würde der Frau nun nicht dauernd das politische Recht der Frau zu unterbinden, wie Sie es jetzt getan haben noch besonders dadurch, daß Sie ausdrücklich in Art. 115 des Staatsgrundgesetzes die Worte „männlichen Geschlechts“ hineingebracht haben, um dadurch alle Zweifel auszuschalten, daß daran nun gedacht werden kann, den Frauen dasselbe politische Recht zu geben, als den Männern. Es wird hervorgehoben, daß derartige Anträge von uns aus agitatorischen Gründen gestellt werden und daß wir gewissermaßen zum Fenster hinausreden. Es wird uns die innere Ueberzeugung für diesen Antrag abgesprochen. Es wird uns gesagt, wir reden dafür, um für die Tätigkeit vom König Demos belohnt zu werden, wie Herr Abg. Müller (Nuthorn) in der Morgenzeitung gesagt hat. Sie haben kein Recht, uns diese innere Ueberzeugung abzuspochen. Ich kann sagen, ich würde mich als Kulturmensch schämen, wenn ich in der Frau nur die Hausflavin und Kindergebäuerin sehen würde, wenn ich eine Minute versäumen würde, dafür zu streben, auch der Frau gleich dem Manne das selbstverständliche politische Recht erobert zu haben. Ich kann mir nicht denken, wie ihre eigenen Frauen sich dazu stellen, daß Sie dem Weibe seine Menschenwürde nehmen. (Heiterkeit.) Wie gesagt, m. H., der Zeitpunkt muß kommen, und dem werden Sie sich nicht entgegenstellen können, auch den Frauen das allgemeine und direkte Wahlrecht zu geben, im Interesse des Fortschritts der allgemeinen Menschheit.

M. H.! Der zweite Absatz meines Antrages 2 wünscht das Wahlalter von 25 auf 21 Jahre heruntergesetzt zu wissen. Auch hier rede ich tauben Ohren. Auch hier sind uns die Wege verammelt. Im Gegenteil besteht die Absicht, und diese wird zur Tat und zur reaktionären Tat werden, die Grenze des wahlfähigen Alters hinaufzusetzen. Aber, meine Herren, wir wollen in unserem Antrage grundsätzlich unsere Stellung und unsere innerste Ueberzeugung zum Ausdruck bringen und auf den Widerspruch hinweisen, der darin besteht, daß man dem Staatsbürger mit dem 21. Jahre alle Pflichten auferlegt, daß man ihm staatsrechtlich mit der Vollendung des 21. Lebensjahres ein vollständiges Maß von Verantwortung zuerkennt, daß man so-

gar Kinder für fähig erachtet, ganze Völker zu regieren und dem gewöhnlichen Staatsbürger das staatsbürgerliche Recht mit dem Beginn der staatsbürgerlichen Männlichkeit verwehrt.

Der dritte Absatz wünscht die Herabsetzung der Wartezeit von drei Jahren auf ein Jahr. Ich will nicht des längeren darüber reden, zumal ich diesen Absatz bei der gestrigen Debatte berührt habe. M. H.! Es ist auch heute wieder von verschiedenen Seiten gesagt worden, es wären von uns nur Schlagworte, ich glaube, Herr Abg. Feigel hat gesagt, wenn man sage, die dreijährige Karenzzeit sei eine reaktionäre Maßnahme, so sei das nicht richtig. Nein, es sind keine Schlagworte, ich bin tatsächlich der Ansicht, daß die dreijährige Karenzzeit eine reaktionäre Bestimmung ist, durch die Sie einen großen Kreis der Staatsbürger, nämlich die Industriebevölkerung, treffen. Und wenn Sie dennoch glauben, es handelt sich hier um Schlagworte unsererseits, dann empfehle ich Ihnen, den Minderheitsbericht durchzulesen, der ebenfalls zu der Ansicht gelangt, daß die dreijährige Karenzzeit eine Verschlechterung, eine Abschwächung der Wirkung des gleichen, direkten Wahlrechts bedeutet. In dem Mehrheitsantrage ist gesagt, und auch die Regierung hat in der Begründung zum Gesetzesentwurf das klipp und klar ausgeführt, um ein Uebergewicht der Masse des Volkes, der industriellen Arbeiterschaft für die Zukunft durch die Wirkung der direkten Wahl zu verhüten, soll als eine der Kautelen die dreijährige Karenzzeit eingeführt werden. Die Regierung und auch die Minderheit waren sich über den reaktionären Charakter der Bestimmung einig. Dadurch ist widerlegt, daß es sich um Schlagworte unsererseits handelt, wenn wir sagen, die dreijährige Karenzzeit ist eine reaktionäre Maßnahme. Und das ist sie! Das gleiche Recht steht auf dem Papier. Sie wissen, daß das Gros der industriellen Arbeiterschaft, das Gros der Lohnarbeiter bei der heutigen wirtschaftlichen Unsicherheit, angesichts der Krisen, bei der dadurch hervorgerufenen Fluktuation zu einem großen Prozentsatz niemals in die Lage kommen wird, sein staatsbürgerliches Recht auszuüben. Und wenn das so ist, dann steht für diese Schichten, denen Sie ihren Reichtum und Besitz zu verdanken haben, das gleiche Wahlrecht auf dem Papier. Auch die Regierungsvorlage will, weil diese Bestimmung sich gegen einen großen Teil unserer Staatsbürger richtet, den Gesetzesentwurf zu einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie machen. M. H.! Wir müssen demgegenüber darauf hinweisen, daß es sich nicht mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit verträgt, wenn man diese dreijährige Karenzzeit einführt und dadurch einem großen Teile, der den Staat erhält, das ist in meinem Sinne die Arbeiterschaft, wenn man dem das politische Recht bis zu einem gewissen Grade nimmt. Wenn Sie diese Forderung verfechten, dann haben diese Herren, die diese Kautelen gewünscht haben, keine Veranlassung, diesem Hause nun ihre Pluralwahlrechtsanträge vorzulegen und diese Maßnahme mit Gründen der Gerechtigkeit zu beschönigen. Das ist eine Phrase, die lediglich die eigene schamlose Haltung an der Volkserhebung verhüllt. M. H.! Wir werden nach wie vor an diesem Antrage festhalten. Ich bin mir allerdings bewußt, daß sie keine Unterstützung finden werden und daß Aussicht vorhanden ist, daß sie eine Mehrheit auf

sich vereinigen. Wir wollen aber unserer grundsätzlichen Stellung und innersten Ueberzeugung Ausdruck geben.

**Präsident:** Sie haben den Ausdruck gebraucht, daß eine schamlose Haltung vorläge. Ich nehme an, daß das nur ein verkehrter Zungenschlag war.

Abg. **Schulz:** Ein verkehrter Zungenschlag war es nicht, es war aber allgemein und nicht persönlich gemeint.

**Präsident:** Das Wort ist nicht weiter verlangt. Dann schließe ich die Beratung. Der Herr Berichterstatter der Minderheit verzichtet. Ich gebe das Schlußwort dem Berichterstatter der Mehrheit Herrn Abg. Koch.

Abg. **Koch:** Ich halte es nicht für an der Zeit, über diese Frage zu unterhandeln, weil wir gemeinschaftliche Kämpfe gegen die Pluralwahlrechtsanträge zu bestehen haben. Ich will eine kurze Begründung unseres Standpunktes geben. Die Frage, ob man den Frauen das Stimmrecht verleihen soll, ist zweifellos ungeklärt und ich habe gesagt, daß man nicht daran denken kann, diesem Antrage stattzugeben, wenn sich eine derartige Bewegung nicht aus der Frauenwelt heraus auswächst. Denn eine solche Bewegung muß aus der Bevölkerung kommen. Wenn eine derartige Bewegung vorhanden ist, können wir die Angelegenheit ja prüfen und von dieser Ansicht kann uns keine Furcht abhalten, auch nicht die von Herrn Abg. Schulz erörterte Furcht vor einer Gardinenpredigt, die wir bekommen sollen. (Heiterkeit.)

Was die Frage des 21. Lebensjahres angeht, so hat dasjenige, was ich über diese Frage zu sagen habe, mein Freund Tanzen früher schon zusammengefaßt, wenn er sagt: Wenn die jungen Leute 21 Jahre alt sind, dann haben sie mit ihren eigenen Privatangelegenheiten genug zu tun, dann sollen sie sich erst um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, und wenn sie 4 Jahre älter sind, dann können sie sich auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligen.

Was nun die viel erörterte Frage der dreijährigen Wartezeit angeht, so stehe ich auf dem Standpunkte, ganz abgesehen davon, daß das Zustandekommen der Vorlage hiervon mit abhängt, daß eine gewisse Karenzzeit deswegen unter allen Umständen erforderlich ist, weil man nicht zugeben kann, daß Leute, die aus ganz fremden Verhältnissen kommen, die aus Polen oder von der Ostgrenze Deutschlands kommen, die von Rechten nie etwas gehört haben, daß die nun plötzlich dieses hohe Recht ausüben. Das halte ich nicht für richtig, auch halte ich es nicht für richtig, zu sagen, daß eine derartige Bestimmung dem gleichen Wahlrechte Abbruch tun wird. Es ist eine Vorbedingung des gleichen Wahlrechts, genau wie ein bestimmtes Alter, Zurechnungsfähigkeit usw. Es ist dies keine Einschränkung des gleichen Wahlrechtes, gleiches Wahlrecht wird jedem gewährt, sobald er die Vorbedingungen erfüllt. Ich kann mich hierauf beschränken.

**Präsident:** Herr Abg. Alhorn-Djternburg hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. **Alhorn:** Es ist der dritte des sozialdemokratischen Kleeblatts gewesen, der sich gegen meine Person gewandt hat. Ich habe schon erwähnt, ich bin derartiges gewohnt. Ich habe hier ja vier dieser Sorte gegen mich.



Ich danke dem Herrn Präsidenten, daß er mich gegen Beleidigungen schützt und will hier nur noch erklären, gewisse Menschen können mich gar nicht beleidigen. Im übrigen habe ich nur zu sagen, Wahrheit bleibt doch Wahrheit! Wie ich sehe, gut eingerieben, tut sie sehr wehe.

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung und bitte ich die Herren, die den Antrag 2 der Minderheit des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt gegen 4 Stimmen. Damit ist der Antrag 3 erledigt, ebenfalls der Antrag 4 der Mehrheit. Wir stimmen nunmehr ab über den Antrag 5 der Mehrheit:

Annahme des § 2.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag 5 ist angenommen.

Es folgen nun die Anträge, die dahin gehen, einen § 2a einzufügen. Es sind dies die Anträge 6 und 8. Demgegenüber ist ein Antrag 7, der Ablehnung des Antrages 6 und ein Antrag 9, der Ablehnung des Antrages 8 fordert. Ehe ich diese Anträge verlese, habe ich mitzuteilen, daß jetzt von Herrn Abg. Gerdes folgender Antrag, genügend unterstützt, eingereicht ist:

Ich beantrage: Es wird folgender § 2a eingeschoben:

Jeder nach § 2 Wahlberechtigte, der das vierzigste Lebensjahr vollendet hat, erhält eine zweite Stimme.

Ich stelle diesen Antrag gleich mit zur Beratung. Dann habe ich mitzuteilen, daß die Antragsteller der Anträge 6 und 8 ihren Antrag zurückziehen. Beide Pluralwahlrechtsanträge sind zurückgezogen. Der Landtag ist mit dieser Zurückziehung einverstanden, ich konstatiere es. Dann eröffne ich die Beratung über den Antrag des Herrn Abg. Gerdes, zum § 2a und gebe das Wort Herrn Abg. Driver zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. **Driver:** Würde der Antrag Müller (Brake) nicht gleich mit zur Beratung gestellt werden können?

**Präsident:** Der Antrag ist noch nicht überreicht, das Wort hat Herr Abg. Gerdes.

Abg. **Gerdes:** M. H.! Ich habe mir erlaubt, einen Antrag zu stellen dahin, daß jeder Wahlberechtigte, der das 40. Lebensjahr erreicht hat, eine zweite Stimme erhält. Dieser Antrag hat mit parteipolitischen Dingen gar nichts zu tun. Es soll hier nur der größeren Lebenserfahrung, der größeren Einsicht eine zweite Stimme gegeben werden. Gegen diesen Antrag lassen sich allerdings auch Einwendungen erheben. Es kann gesagt werden, daß derjenige, der 39 Jahre alt ist, ebensoviel Einsicht und Lebenserfahrung hat, als derjenige, der 40 Jahre alt ist. Es kann auch gesagt werden, daß derjenige, der das 50. oder 60. Lebensjahr erreicht hat, dann folgerichtig eine Stimme mehr haben muß. Aber diese Einwendungen treffen nicht den Nagel auf den Kopf und rütteln an der Wichtigkeit dieses Antrages gar nicht. Wäre bei der Aenderung des Staatsgrundgesetzes der Antrag gestellt worden, das 30. Lebensjahr als Mindestgrenze der Wahlmündigkeit anzusehen, dann hätte ich diesen Antrag nicht gestellt, dann wäre er m. E. überflüssig gewesen. Der Antrag bezweckt nur, diejenigen, die mit den

Einrichtungen und Gesetzen unseres Landes besser vertraut sind, etwas zu bevorzugen und ich bitte Sie, meine Herren, nehmen Sie den Antrag an.

**Präsident:** Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. **Müller:** M. H.! Ich bin mit dem Antrage Gerdes einverstanden, ich möchte demselben aber einen Zusatz hinzufügen, der dasjenige zum Ausdruck bringt, was hier gestern betont ist, daß man der staatserhaltenden Bevölkerung den ihr zukommenden Einfluß gibt. Darf ich den Antrag verlesen?

**Präsident:** Wenn Sie den Antrag stellen wollen, verlesen Sie ihn bitte.

Abg. **Müller:** Dem Antrage Gerdes wird nachgefügt:

Eine zweite Stimme erhält ferner:

- a) jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens 3 Jahren Eigentümer oder Nießbräucher eines im Großherzogtum belegenen Grundstücks mit darauf befindlichem Wohngebäude ist,
- b) jeder Wahlberechtigte, der als Beamter des Reichs, des Staates, des Hofes, der Kirche oder eines Kommunalverbandes angestellt ist,
- c) jeder andere Wahlberechtigte, sofern er im Hauptberufe selbständiger Landwirt oder Gewerbetreibender ist.

Daselbe gilt für verantwortliche Leiter von Betrieben oder Betriebsteilen aller Art.

Sind mehrere Eigentümer oder Nießbräucher eines Grundstücks stimmberechtigt, und haben dieselben keine Vereinbarung darüber getroffen und der Gemeindebehörde nicht angezeigt, wem die zweite Stimme zustehen soll, so steht dieselbe dem ältesten Stimmberechtigten zu.

Bei Gleichheit des Alters entscheidet das vor der Gemeindebehörde zu ziehende Los.

**Präsident:** Ich stelle auch diesen Antrag mit zur Beratung und gebe das Wort dem Antragsteller Herrn Abg. Müller (Brake).

Abg. **Müller:** Ich habe den Antrag bereits gestern begründet und kann auf Weiteres verzichten.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abg. Dursthoff.

Abg. Dr. **Dursthoff:** M. H.! Der Ewentualantrag Müller unterscheidet sich von dem Antrage Gerdes dadurch, daß er außerdem, abgesehen von dem Alter, auch nach der Beschäftigung der einzelnen Wähler ihnen ein größeres oder kleineres Wahlrecht zubilligt. Nun fällt mir auf — der Antrag ist ja erst spät eingegangen —, daß diese Einteilung eine ganz willkürliche ist. Wie ist z. B. das Wahlrecht der Ärzte, der Rechtsanwälte, Gelehrten, Künstler usw. gedacht? Davon steht nichts im Antrage drin. (Zuruf: Gewerbetreibende!) Das sind keine Gewerbetreibende. Der Antrag zeigt also auch wieder, daß man ein gerechteres Wahlrecht, wie das gleiche Wahlrecht, nicht treffen kann, und ich glaube, man sollte auf weitere Versuche verzichten. Im übrigen will ich auf das verweisen, was ich eingangs unserer Debatte äußerte, daß ich die Verleihung einer zweiten Wahlstimme an ein höheres Alter für

**Berichte.** XXXI. Landtag. 1. Versammlung.



ganz bedenklich halte. Ich meine, auch mit dem höheren Alter haben Sie den Zweck, den Sie eigentlich mit dem Pluralwahlrecht erstrebten, ganz aus dem Auge gelassen. Was soll eine derartige Differenzierung? Ich weise ferner darauf hin, daß ich es nicht für richtig halte, die natürliche Verteilung unserer Bevölkerung auf ihre Altersklassen willkürlich zu ändern, so daß einem Teile der Bevölkerung ein derartiges Uebergewicht gegeben wird, und muß daher auch den Antrag Gerdes entschieden bekämpfen.

**Präsident:** Herr Abg. v. Hammerstein hat das Wort.

Abg. **Frhr. v. Hammerstein:** M. H.! Es ist richtig, daß der Antrag lückenhaft ist, er will das Prinzip feststellen und die nähere Formulierung, z. B. besonders was solche Gewerbetreibende sind, den Verhandlungen zwischen der 1. und 2. Lesung überlassen. Es handelt sich nur darum, eine Grundlage zur 1. Lesung festzustellen im Prinzip.

**Präsident:** Herr Abg. Voss hat das Wort.

Abg. **Voss:** Ich kann mich der Ansicht, daß der Antrag des Kollegen Gerdes mit parteipolitischen Bestrebungen nichts zu tun hat, nicht anschließen. Nach meiner Ansicht ist er eine Hintertür, wo diejenigen hinausschlüpfen, die liberal sein möchten, aber den Bund der Landwirte fürchten und Angst für ihr Mandat haben. Da ist es ein wunderschönes Mittel, den Bund der Landwirte zufrieden zu stellen und gleichzeitig den Liberalen sagen zu können, wer 40 Jahre alt ist, ist etwas verständiger geworden als der mit 25 oder 30 Jahren, deshalb ist die zweite Stimme berechtigt. Ich weiß nicht, ob Herr Abg. Gerdes die Erfahrung gemacht hat, daß in seiner engeren Heimat die Leute erst mit 40 Jahren verständig werden. Daß Severland im Schwabenland liegt, habe ich bisher nicht gewußt, sondern ich habe angenommen, daß man dort früher als mit 40 Jahren die Grenze des normalen Verstandes erreicht. Ebenfugot hätte Herr Abg. Gerdes die Grenze bei 30 Jahren ziehen können, denn daß die Zahl 40 ein willkürlicher Griff ist, muß er doch ehrlicherweise zugeben. Aber wenn er sie bei 30 Jahren ziehen würde, dann würde das nicht parteipolitisch in seinem Sinne. Ich verstehe den Antrag so, daß man der Sozialdemokratie ein Bein stellen will. Man glaubt, daß die Sozialdemokratie nicht so viele Anhänger hat, die über 40 Jahre alt sind, als die anderen Parteien. Und insofern richtet sich der Antrag Gerdes gegen die Arbeiterschaft des Großherzogtums. Darin liegt eine Ungerechtigkeit, und aus diesem Grunde kann ich diesen Antrag nicht unterstützen.

**Präsident:** Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** M. H.! Ich will nicht viele Worte aufwenden, um diesen Antrag zu bekämpfen. Ich halte ihn für unerhörter, als die Anträge von Müller (Ruhhorn) und Hergens. Einmal möchte ich sagen, ich habe nicht gewußt, daß das Schwabenalter bei uns eine Rolle spielen soll. Es gibt Leute, die 40 Jahre alt werden und bleiben so dumm, wie sie bisher waren. (Heiterkeit.) Der andere Teil des Antrages richtet sich ganz kraß gegen die besitzlose Klasse und ich habe noch die Hoffnung, daß von der Mehrzahl dieses Hauses diese Ausgeburt eines reaktionären Hirns nicht angenommen wird.

Noch ein Wort. Es ist sehr interessant, wie schwierig die Auslegung dieses Antrages sein wird, wenn man die Ausführungen des Herrn Abg. v. Hammerstein berücksichtigt. Er meldet gleich an, daß zwischen der ersten und zweiten Lesung versucht werden wird, den Begriff „Gewerbetreibender“ festzulegen. Das wird ebenso wenig gelingen, als es bis jetzt nicht gelungen ist, die Grenzen festzustellen, wo das Handwerk anfängt und der Fabrikbetrieb aufhört. Genau dieselben Schwierigkeiten werden sich hier ergeben.

**Präsident:** Herr Abg. Koch hat das Wort.

Abg. **Koch:** M. H.! Der Antrag Müller (Brake) scheint auch mir unannehmbar. Nach diesem Antrage bleiben eigentlich mit einer Wahlstimme nur diejenigen übrig, die in fremden Diensten stehen, ganz einerlei, ob als Kaufmann oder in welcher Art. Ich kann nicht einsehen, warum der Verwalter eines Landgutes, ein Prokurist und ein Werkmeister schlechter gestellt werden, weil sie durch die Verhältnisse nicht in der Lage sind, ein eigenes Geschäft zu gründen. M. H.! Es ist doch in der Tat nicht verständlich, wenn die Staats- und Kommunalbeamten, auch der letzte Kommunalbeamte, der städtische Arbeiter, eine zweite Stimme bekommen und man z. B. — ich möchte das besonders Herrn Abg. Müller (Brake) sagen — dem in einer wichtigen Stellung, in einem Großbetriebe beschäftigten Kaufmann nur eine Wahlstimme geben will. Ich kenne Duzende von derartigen Personen in Delmenhorst, die darauf Anspruch machen, die gerade durch ihre unabhängige Stellung Führer in politischen Dingen sind. Die haben zum großen Teile deswegen kein eigenes Haus, weil sie genau so gut wie Kommunalbeamte und viele Staatsbeamten eine Dienstwohnung von den Fabriken angewiesen bekommen. Warum man solchen Leuten ein geringeres Wahlrecht geben will, weiß ich nicht. Wir reden von der Zeit der Entwicklung. Wir sind dabei, einen neuen Mittelstand zu gründen, einen Mittelstand, der sich aus kaufmännischen und industriellen Angestellten rekrutiert. Diesen neuen Mittelstand in Zukunft zurückzusetzen, sehe ich nicht die geringste Veranlassung. M. H.! Und andererseits der selbständige Gewerbetreibende. Ja, m. H., was ist ein selbständiger Gewerbetreibender? Ich kenne in Delmenhorst z. B. so und so viele Arbeiter, die keine Arbeitsstelle finden und so Hausierer werden oder einen Kolonialwarenhandel anfangen. Die wollen Sie günstiger stellen als die große Masse der Werkmeister und Betriebsleiter, die in angesehenen Stellungen Zeit und Lust haben, sich mit politischen Dingen zu beschäftigen und eine führende Rolle zu spielen. Ich glaube, auch dieser Versuch ist nur ein Beweis dafür, daß es nicht gelingen wird, etwas zu schaffen, was einigermaßen gerecht ist. Es ist ein Beweis dafür, daß diese Versuche sehr schön aussehen, daß sie aber, wenn sie näher untersucht werden, wenn man sie unter die Lupe nimmt, dazu führen, das allgemeine Wahlrecht zu verschlechtern und das Unrecht noch schreiender zu machen. Ich kann aus diesen Gründen nicht dafür stimmen.

Was den Antrag Gerdes angeht, so muß ich sagen, daß der Antrag keinen Zweck hat. Sollte er etwa aus dem Gesichtspunkte hervorgehen, den der Antragsteller bestreitet, sollte irgend jemand, der den Antrag unterstützt, den Gesichtspunkt vertreten, daß dadurch die radikalste Partei ge-

schädigt wird, so halte ich das aus meiner Kenntnis der Verhältnisse für durchaus verfehlt. M. H.! Ich kenne gerade unter den älteren Leuten eine ganze Reihe verbitterter Existenzen, die nicht hervortreten, weil sie sich persönlich fürchten, die aber zu den treuesten Stimmenanhängern gehören. (Sehr richtig!) Soll der Antrag sich gegen die Sozialdemokratie richten, so ist er ein Messer ohne Klinge. Wenn der Antrag aber unschuldig ist, so scheint es mir keinen Zweck zu haben, Differenzierungen zu machen. 25 Jahre läuft man danach als Wahlrechtslehrling herum, bis zum 40 Jahre ist man Wahlrechtsgefelle und mit 40 Jahren wird man Wahlrechtsmeister. Das ist doch eine Spielerei.

**Präsident:** Herr Abg. Tappenbeck hat das Wort.

**Abg. Tappenbeck:** Auch ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen die neue Form von Pluralwahlrecht erklären, die in diesen beiden Anträgen enthalten ist. Was den Antrag Müller angeht, so finde ich darin eine große Willkür. Er ist nicht systematisch durchdacht und ich habe ferner das praktische Bedenken, daß die Auslegung der einzelnen Begriffe, von denen die zweite Wahlstimme abhängig gemacht werden soll, in der Praxis zu Schwierigkeiten führen würde.

Was den Antrag Gerdes angeht, so muß ich sagen, daß ich ihn für die mildeste Form des Pluralwahlrechts halte, daß er bei mir von allen Pluralwahlrechtsvorschlägen die geringsten Bedenken hervorgerufen hat. Ich würde einverstanden gewesen sein, wenn es möglich gewesen wäre, die untere Grenze für die Wahlmündigkeit hinaufzusetzen. Insofern ist mir der dem Antrage Gerdes zugrunde liegende Gedanke nicht unsympathisch, aber in der Gestalt eines abgestuften Wahlrechts kann ich ihm nicht zustimmen. Ich bin dagegen, daß man Staatsbürger erster und zweiter Klasse schafft, und ich muß mich ausdrücklich gegen das Pluralwahlrecht in jeder Form erklären.

**Präsident:** Herr Abg. Ahlhorn (Osternburg) hat das Wort.

**Abg. Ahlhorn:** Ich muß mich gegen beide Anträge erklären. Ich möchte ganz kurz auf die Schwierigkeiten hinweisen, die sich ergeben, wenn der Antrag Gerdes angenommen werden sollte. Sie bestehen darin, daß das Alter jedesmal ganz genau festgestellt werden muß. Soll das Alter festgestellt werden nach der bloßen Angabe des Wahlberechtigten, oder soll jeder Wahlberechtigte einen amtlichen Geburtschein vorzulegen verpflichtet sein? Das müßte schon sein. Dann werden aber große Schwierigkeiten erwachsen und auch Kosten entstehen.

**Präsident:** Herr Abg. Hug hat das Wort.

**Abg. Hug:** Ich will Sie darauf aufmerksam machen, daß der Antrag Gerdes anscheinend milde ist, in Wirklichkeit ist er es ganz und gar nicht. Nehmen wir an: Es kommt von Bremen jemand nach Delmenhorst, kauft sich dort ein Haus, betreibt ein Gewerbe und in drei Jahren bekommt er dann zwei Stimmen. Ein besitzloser Oldenburger, der in der Heimat bleibt, muß aber bis zum 40. Jahre warten, bis er eine zweite Stimme bekommt. Solche Widersprüche bringt der scheinbar milde Pluralwahlrechtsantrag mit sich.

**Präsident:** Herr Abg. Gerdes hat das Wort.

**Abg. Gerdes:** M. H.! Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Voß, diesen Antrag lächerlich zu machen, will ich nicht eingehen. Es ist heute schon in dieser Beziehung genug geleistet worden. Was dann die Frage der großen Lebenserfahrung angeht, so meine ich, hat man mit vierzig Jahren nicht nur im Severlande, sondern überall, besonders im politischen Leben, mehr Erfahrung. Mancher hat ja mit vierzig Jahren mit seinen eigenen Sachen genug zu tun und bekümmert sich um Politik und Staatsangelegenheiten garnicht. Aber man hat doch mit 40 Jahren eine größere Lebenserfahrung als mit 25 Jahren.

Dann sagt Herr Abg. Ahlhorn (Osternburg), es seien Schwierigkeiten, wie der Gemeindevorsteher diese Listen fertig zu stellen hat. Dieselben Schwierigkeiten finden wir bei 25 Jahren; das ist genau dasselbe.

**Präsident:** Herr Abg. Schulz hat das Wort.

**Abg. Schulz:** Ich möchte mir auf einige Umstände hinzuweisen gestatten. In den Begründungen der Pluralwahlrechtsanträge ist immer von den betreffenden Herren Kollegen hervorgehoben, sie wären bei der Einbringung der Pluralwahlrechtsanträge von Gerechtigkeitsgründen geleitet gewesen. Auch in seinem Minderheitsberichte hat Herr Abg. Habben wiederholt zum Ausdruck gebracht, es wäre das leitende Motiv die Gerechtigkeit gewesen. M. H.! Wir sehen aber aus dem neuen Antrage des Herrn Abg. Müller (Brake) wieder, daß es den Herren absolut unmöglich ist, ein gerecht wirkendes Pluralwahlrecht einzuführen. Wenn das anders wäre, dann würden sie den Antrag 6 und 8 nicht zurückgezogen haben, dann würde nicht der Antrag, der angekündigt ist, bevor er eingebracht ist, zurückgezogen worden sein. Und wir haben gesehen, über diese Anträge gingen die Meinungen auseinander, da gelang es nicht, die Merkmale der ausgleichenden Gerechtigkeit zu treffen. Der Antrag Müller (Brake) unterscheidet sich von dem Antrage Gerdes. Er glaubt durch den Antrag Gerdes würde nicht genügend Gerechtigkeit geschaffen. Er muß zu anderen Gruppen der Bevölkerung übergehen, er zählt zu diesen die unter a—d aufgezählten Staatsbürger. M. H.! Es ist m. E. — der Abg. Koch hat schon darauf hingewiesen — ganz sonderbar, daß der letzte Staatsarbeiter und der letzte Kommunalarbeiter mit 2 Stimmen beglückt werden soll, während die Privatbeamten, die sich oftmals in verantwortlicher Stellung befinden, mit einer Stimme bedacht werden sollen. Abgesehen davon, daß sie, woraus auch kein Hehl gemacht wird, mit ihren neuen Anträgen die Arbeiterschaft und in letzter Linie die Sozialdemokratie treffen wollen, richtet sich der Antrag, wie wir von anderer Seite gehört haben, gegen die Schichten des Mittelstandes, gegen starke Schichten der Beamtenschaft und ist es charakterisierend, daß ein Vertreter des industriellen Kapitals, Herr Abg. Müller (Brake), der bei jeder Gelegenheit hervorhebt, den Mittelstand schützen zu wollen, die Hand dazu bietet, um weite Schichten des Mittelstandes politisch zu Staatsbürgern 2. Klasse zu machen. Man nennt diese Anträge ein mildes Pluralwahlrecht, weil sie bestimmen, daß jetzt jeder höchstens 2 Stimmen bekommt. Abgesehen davon, ich komme nicht in den Verdacht, die Anträge Müller (Mühlhorn) und Her-



gens als vorteilhaft hinzustellen, ist in diesen Anträgen, so ungerecht sie sind, doch eine etwas größere Konsequenz. Sie hatten ganz bestimmte Schichten und ganz bestimmte Grenzen, die unter diese Anträge fallen sollten, im Auge. Sie haben nun eine weitere Ungerechtigkeit in ihren Anträgen begangen und die ist ihnen scheinbar nicht zum Bewußtsein gekommen. Sie haben gehört, daß nicht feststeht, unter welche Gruppe Apotheker, Gelehrte, Künstler usw. rangieren. Nun glauben Sie, durch einen Antrag zur 2. Lesung die Sache nach dieser Richtung verfolgen zu können. Sie werden finden, daß es Ihnen auch dann nicht, wenn Sie sich die Köpfe zerbrochen haben, gelungen sein wird, ein einigermaßen gerechtes, sog. mildes Pluralwahlrecht ausgetistelt zu haben. M. H.! Weil das so ist, muß ich mich aus diesem Grunde gegen diesen Antrag aussprechen.

Was den Antrag Gerdes anbelangt, der die Erteilung einer 2. Stimme bei einem höheren Alter, d. h. von 40 Jahren, bezweckt, so habe ich schon gestern darauf hingewiesen, daß dieser Antrag ungerecht ist und ungerecht wirken muß, weil er nicht so zu wirken in der Lage ist, wie die Herren sich das vorstellen. Ich habe darauf hingewiesen, wenn man dem höheren Alter, der größeren Reife eine weitere Stimme und ein politisches Übergewicht geben will, wie das hier vorgeschlagen ist, dann muß sich eine Grenze nach oben finden, wo diese Heraushebung aus der allgemeinen Schicht der Steuerzahler wieder aufhört. Es ist auch auf der Seite bekannt, daß es ein Alter im Menschenleben gibt, wo der Mensch zum Kinde wird und wo er unreif ist. Es ist dies nicht nur von mir vorgetragen. Wenn ich daran erinnern darf, ist es auch von Herrn Abg. Tangen und auch von anderer Seite im Ausschusse gerade gegenüber einer solchen Bestimmung vorgebracht, daß es unmöglich ist, für das Pluralwahlrecht das Alter zugrunde zu legen. Sie sehen, m. H., es wird Ihnen gar nicht möglich sein, ein irgendwie auch nur annähernd gerechtes Pluralwahlrecht herauszudestillieren, und es wundert mich, daß Sie noch immer nicht überzeugt sind, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, das einzige Wahlrecht, die einzige Grundlage ist, die nach jeder Richtung eine ausgleichende Gerechtigkeit garantiert. Wenn Sie durchaus wollen, daß alle Schichten der Bevölkerung vertreten sind, dann wiederhole ich nochmals und in Verbindung mit anderen Kollegen, stimmen Sie für unsere Verhältniswahlanträge, das würde jede Befürchtung aus der Welt schaffen, das würde garantieren, daß unser Land sich friedlich entwickelt, daß Unruhe, Empörung und Erregung, die zweifellos durch irgendwelche Pluralwahlrechtsanträge entstehen, mit einem Schlage verschwinden. Sie haben es jetzt noch in der Hand. Wenn Sie wirklich von Gerechtigkeitsgründen beseelt sind, dann gibt es für Sie nichts anderes, daß Sie für die Verhältniswahlanträge stimmen und daß Sie die Pluralwahlrechtsanträge zurückziehen.

**Präsident:** Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.  
**Abg. Dursthoff:** M. H.! Ich möchte zunächst mein Bedauern aussprechen, daß derartige schwerwiegende Anträge wie diese beiden, uns erst jetzt zugegangen sind; daß sie uns nicht vorher bekannt geworden sind, sodaß wir Gelegenheit hatten, sie ernstlich durchzuprüfen. Denn ich halte eine gründliche Durchprüfung für unbedingt notwendig. Ich

würde nicht gern mehr zu der Sache sprechen, aber gerade aus meiner Erfahrung heraus halte ich mich für verpflichtet, noch ein paar Worte zu dem Antrage Müller zu sagen, den ich von allen Anträgen für den weitaus gefährlichsten und schädlichsten halten muß. Herr Abg. Schulz hat schon darauf hingewiesen, daß dieser Antrag ganz willkürlich zusammenstellt, wem eine zweite Wahlstimme verliehen werden soll. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß große, einflußreiche Kreise unseres Volkes, die durch ihre wirtschaftliche Bedeutung, ihre geistige Bildung usw. zu den besten gehören, einfach gar nicht dabei berücksichtigt worden sind; und Sie werden sie auch wahrscheinlich gar nicht berücksichtigen können, denn der Begriff „freier Beruf“ läßt sich gesetzlich gar nicht fassen. Dann ist auch der Antrag unklar in der Fassung, so daß man daraus gar kein Wahlgesetz machen kann. Da heißt es z. B.: „Dasselbe gilt für verantwortliche Leiter von Betrieben oder Betriebsteilen aller Art.“ Was ist das für eine Bezeichnung? Darauf kann man doch kein Gesetz aufbauen. Und danach kann man doch keine Wahllisten aufstellen! Das gibt eine solche Fülle von Mißverständnissen und Unmöglichkeiten, daß man es gar nicht durchführen kann.

Dann aber noch eins — und das möchte ich gerade dem Herrn Müller gegenüber erwidern — Herr Müller sagte, daß ich, wenn ich für das gleiche Wahlrecht einträte, die Interessen des Handels und der Industrie nicht genügend vertrete. Und dasselbe brachte Herr Abg. v. Hammerstein zum Ausdruck. Ja, ich fasse meine Stellung, wie ich früher schon mal ausführte, ganz anders auf; ich vertrete hier nicht die Interessen einer einzelnen Berufs-klasse, sondern ich vertrete die allgemeinen Interessen. Trotzdem aber möchte ich doch bemerken, daß die Fassung des Antrags Müller mir sehr bedenklich erscheint, weil sie direkt gegen Handel und Industrie wirkt, und ich muß mich deshalb wundern, daß gerade Herr Müller diesen Antrag gestellt hat. Ich verweise darauf, daß gerade ihm bekannt sein muß, daß die selbständigen Betriebe, namentlich im Großhandel und in der Großindustrie immer mehr zurückgehen. Naturnotwendigerweise müssen sie mehr zurückgehen, und an ihre Stelle treten die großen Aktiengesellschaften. Umgekehrt ist der Verlauf in der Landwirtschaft. Dort wird nicht der Großbetrieb, sondern der Kleinbetrieb die Zukunft für sich haben, wie es z. B. bei uns im Oldenburgischen schon der Fall ist. Will man nun nur dem selbständigen Gewerbetreibenden eine zweite Stimme zuweisen, so steht der Handel dann unbedingt zurück gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung unseres Landes, sodaß das m. E. eine noch viel schlechtere Zusammensetzung des Landtags geben muß für Handel und Industrie, als wie es jetzt schon der Fall ist. Auch aus diesem Gesichtspunkt bedaure ich den Antrag ganz außerordentlich; er ist sehr gefährlich und schädlich.

Dann — als vierten Gesichtspunkt — halte ich den Antrag auch in seinen Folgen für noch viel brutaler als die Anträge Müller (Ruhhorn) und Hergens. Denn hier schließt man eine ganz bestimmte Klasse von Menschen direkt aus, das sind die Arbeiter. — Ich sehe von den freien Berufen ab. — Das muß doch eine maßlose Verbitterung hervorrufen. Ich kann mir nicht denken, daß wir mit derartigen Anträgen irgendwie zur Ruhe kommen, und daß die

Staatsregierung auf derartige Anträge eingehen kann. Aber auch aus den Erfahrungen meines Berufs heraus würde ich es außerordentlich bedauern, wenn man den Anträgen stattgeben wollte. Jetzt schon besteht in Handel, Gewerbe und Industrie zwischen Chefs und den Angestellten leider vielfach ein ziemlich gespanntes Verhältnis, und wir geben uns die allergrößte Mühe, dies Verhältnis zu verbessern.

Gerade auch in der Handelskammer sind wir immer dafür eingetreten. Wie soll das nun auf die Angestellten wirken, wenn sie hier so zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgedrückt werden! Nur der Chef hat dann zwei Stimmen, und die große Skala von Angestellten, die zumteil akademische Bildung haben, sind einfach Staatsbürger zweiter Klasse! M. H.! Das muß eine ganz außerordentliche Verbitterung bei den Angestellten in Handel, Gewerbe, Industrie und Handwerk hervorrufen. Ich habe mich deshalb für verpflichtet gehalten, diese Bedenken hier zur Sprache zu bringen.

**Präsident:** Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. **Müller:** M. H.! Die Ansicht des Herrn Abg. Schulz und meine Ansicht über das, was in bezug auf das Wahlrecht gerecht ist, gehen so weit auseinander, daß ich verzichte, darauf zu antworten. Ich möchte nur eins hervorheben. Der Antrag, den ich gestellt habe, bezweckt eine Ergänzung der vorliegenden Anträge Hergens und Müller (Ruhhorn). Er will nämlich außer dem Grundbesitzer, der nach den genannten Anträgen allein eine zweite Stimme haben soll, auch denjenigen eine zweite Stimme geben, welche selbständig sind, also das selbständige Element, welches im Staate sehr wichtig ist, mit einer zweiten Stimme versehen. Und ich glaube, das kann man auch recht gut verantworten. Der Antrag ist nicht willkürlich gefaßt, sondern nach genauen Erwägungen. Es mag ja sein, daß in dem Wortlaut nicht überall genau das Richtige getroffen ist, aber das läßt sich ja bis zur zweiten Lesung nachholen.

Auch der Antrag Gerdes, der nur demjenigen, der 40 Jahre alt ist, eine zweite Stimme verleihen will, enthält eine Bevorzugung der Selbständigen, denn nach einer zuverlässigen Statistik ist festgestellt, daß im Alter von 25 bis 30 Jahren ca. 17 Prozent selbständig sind und im Alter über 40 Jahre ca. 63 Prozent der Bevölkerung.

Dann hat Herr Abg. Dursthoff gesagt, daß nach meinem Antrag die Arbeiter systematisch davon ausgeschlossen seien, eine zweite Stimme zu erhalten. Das ist nicht der Fall. Jeder Arbeiter über 40 Jahre bekommt auch eine zweite Stimme. Ferner hat Herr Dursthoff mir vorgeworfen, ich hätte gesagt, dadurch, daß er für die gleiche, direkte Wahl eintrete, schädige er die Interessen des Handels; er verträte aber nicht allein Handelsinteressen, sondern allgemeine Landesinteressen. Ich habe aber garnicht von ihm verlangt, daß er speziell die Interessen des Handels vertreten solle. Ich habe nur gesagt, durch sein Auftreten mache er es dem Handelsstand unmöglich, eine genügende Vertretung in den Landtag zu schicken.

**Präsident:** Das Wort ist nicht weiter verlangt. Ich schließe die Beratung und gebe, bevor wir zur Abstimmung kommen, zu einer persönlichen Bemerkung Herrn Abg. Gerdes das Wort.

Abg. **Gerdes:** Herr Abg. Voß hat soeben gesagt, dieser Antrag habe den Anschein, als wenn der Antragsteller sich einen liberalen Anschein geben wolle, vielleicht auch um sein Mandat zu behalten, in diesem Sinne. Den Antrag habe ich gestellt. Ich war der Antragsteller und kann nicht umhin, die Bemerkung auf mich zu beziehen. Ich überlasse es ferner dem Urteil des Hauses, aber ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, mich in dieser Weise anzugreifen. Sie kennen ja meine persönlichen und bürgerlichen Beziehungen garnicht. Und ich glaube, daß hier im Hause wenig Abgeordnete sind, die sich um ihr Mandat weniger bemüht haben, als ich.

**Präsident:** Herr Abg. Voß hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. **Voß:** Ich hatte den Eindruck, daß Herr Abg. Gerdes sich einen guten Abgang verschaffen will dadurch, daß er besonders scharfe Bemerkungen gegen mich richtet. Ich habe von dem Antragsteller garnicht gesprochen, sondern nur gesagt, der Antrag scheine für diejenigen eine Hintertür zu sein, welche sich fürchten, gut liberale Grundsätze zu betätigen, weil der Bund der Landwirte ihnen das Mandat streitig machen könnte. Das ist meine Ansicht auch jetzt noch. Wie kommt es wohl, daß Herr Gerdes sich getroffen fühlt?

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung, und zwar wird namentlich abgestimmt über den Antrag Gerdes. (Zuruf: Auch über den Antrag Müller?) Später vielleicht, aber nicht jetzt. Wir beginnen mit dem Buchstaben D. Soll ich den Antrag Gerdes nochmal verlesen? „Jeder nach § 2 Wahlberechtigte, der das 40. Lebensjahr vollendet hat, erhält eine zweite Stimme.“ Wer diesen Antrag annehmen will, den bitte ich, beim Namensaufruf mit „Ja“ zu antworten. Wer diesen Antrag ablehnen will, den bitte ich, mit „Nein“ zu antworten.

Dörr: Nein, Dursthoff: Nein, Driver: Ja, Enneking: Ja, Feigel: Ja, Feldhus fehlt, Franke: Ja, Frye: Ja, v. Friden: Ja, Funch fehlt, Gerdes: Ja, Griep: Ja, Grube: Nein, Habben: Ja, v. Hammerstein: Ja, Harms: Nein, Heitmann: Nein, Henn: Ja, Hergens: Ja, Hollmann: Ja, Hug: Nein, Koch: Nein, Lanje: Nein, v. Levegow: Ja, Meyer: Nein, Mohr: Ja, Müller (Ruhhorn): Ja, Müller (Brake): Ja, Plate: Ja, Roth: Nein, Schmidt: Nein, Schröder: Ja, Schulz: Nein, Schute: Ja, Steenbock: Nein, Tanzen: Nein, Tappenbeck: Nein, Thorade: Ja, Voß: Nein, Wessels: Nein, Westendorf: Ja, Wilken: Nein, Ahlhorn (Osternburg): Nein, Ahlhorn (Hartwarderwarp): Ja.

Der Antrag ist mit 23 Stimmen angenommen. (Bravo!) 19 Stimmen waren dagegen, zwei Abgeordnete fehlten. 23 zu 19 also. Wir stimmen nunmehr ab über den Antrag des Herrn Abg. Müller (Brake). Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte also die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, bei ihrem Namensaufruf mit „Ja“, die ihn ablehnen wollen, mit „Nein“ zu antworten. Wir beginnen diesmal mit dem Buchstaben E.

Enneking: Ja, Feigel: Ja, Feldhus: Nein, Franke: Ja, Frye: Ja, v. Friden: Ja, Funch fehlt,



Gerdes: Nein, Griep: Ja, Grube: Nein, Habben: Ja, v. Hammerstein: Ja, Harms: Nein, Heitmann: Nein, Henn: Ja, Hergens: Ja, Hollmann: Ja, Hug: Nein, Koch: Nein, Lanje: Nein, v. Levezow: Ja, Meyer: Nein, Mohr: Ja, Müller (Nuzhorn): Ja, Müller (Wrafe): Ja, Plate: Ja, Roth: Nein, Schmidt: Nein, Schröder: Ja, Schulz: Nein, Schute: Ja, Steenbod: Nein, Tanzen: Nein, Tappenbeck: Nein, Thorade: Ja, Voß: Nein, Wessels: Nein, Westendorf: Ja, Wilken: Nein, Ahlhorn (Osternburg): Nein, Ahlhorn (Hartwarderwarp): Ja, Dörr: Nein, Dursthoff: Nein, Driver: Ja.

Der Antrag ist mit 22 zu 21 Stimmen angenommen. (Bravo und Zischen.)

Wir kämen nunmehr zum § 3 und zu den Anträgen, die zu § 3 gestellt sind. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob wir das heute morgen noch gegen 2 Uhr erledigen können. Ich möchte die Frage an den Landtag richten, ob er geneigt ist, heute nachmittag 4 Uhr wieder zusammenzutreten und bis 7 Uhr zu verhandeln. (Vielseitiges „Nein“.) Ich höre die allgemeine Ablehnung. Ich entnehme aus diesem allgemeinen „Nein“, daß wir heute nachmittag 4 Uhr nicht tagen wollen. (Bravo!) Also die zweite Frage! Um die Sache zu erledigen, wird es vielleicht notwendig, morgen früh, trotzdem es Sonnabend ist, zusammenzutreten. (Widerspruch.) Es ist auch da Widerspruch. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Feigel das Wort.

Abg. **Feigel:** M. H.! Wenn der Umstand, daß wir morgen zu einer Sitzung zusammentreten, dazu dienen könnte, am Samstag nächster Woche fertig zu werden, dann bin ich einverstanden. Aber ich glaube nicht, daß wir am Samstag nächster Woche fertig werden. Dann aber erscheint es zwecklos, daß wir den Tag, der einmal für die Berufsgeschäfte festgelegt ist, zu Landtagsgeschäften verwenden.

**Präsident:** Herr Abg. Müller (Nuzhorn) hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Müller:** Herr Präsident! Wenn wir morgen eine Versammlung abhalten, durchkreuzen wir damit eine ganze Reihe von Privatdispositionen, die getroffen sind, und ich meine, das ist nicht angängig. Da hätte es vorher angekündigt werden müssen. Ich bitte also dringend, den Privatdispositionen nachzugeben und die nächste Sitzung erst am Montag anzusetzen.

**Präsident:** Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp) das Wort.

Abg. **Ahlhorn:** Ich bitte, die Verhandlung heute nachmittag 5 Uhr fortzusetzen. („Unterstützt!“ — „Nein!“)

**Präsident:** Zunächst darf ich annehmen, daß der Landtag auch morgen keine Sitzung abhalten will. (Zustimmung.) Dann beantragt Herr Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), heute nachmittag 5 Uhr die Verhandlung wieder aufzunehmen. (Widerspruch und „Ja“.) Ich glaube eben schon, der Landtag habe sich entschieden, wir wollten heute nachmittag keine Sitzung. Herr Abg. Dursthoff zur Geschäftsordnung!

Abg. **Dursthoff:** Es wurde eben von Herrn Abg. Müller (Nuzhorn), und zwar nach meiner Ansicht mit Recht darauf hingewiesen, daß manche, wenn der Landtag morgen früh tagen würde, dadurch in ihren Privatdispositionen gestört würden. Das wird auch bei anderen Abgeordneten der Fall sein. Dasselbe trifft aber auch für heute nachmittag zu. Ich für meine Person wenigstens bin heute nachmittag durch meinen Beruf in Anspruch genommen. Es ist einmal ausgesprochen, daß wir nur vormittags tagen wollen, und ich möchte bitten, daran festzuhalten.

**Präsident:** Ich darf Einverständnis annehmen, daß heute nachmittag und auch morgen vormittag keine Sitzung stattfindet. Ich beraume die nächste Sitzung auf Montag morgen 10 Uhr an zur Fortsetzung der Tagesordnung, die vorliegt. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 1 Uhr 30 Min.)